Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. **Bezugspreis** frei Haus 23.-30. Sept. 15 Mill. M., durch die Post 1000000 M. ohne Zustell.-Gebühr. **Druck u. Verlag:** Produkt.-Genossensch. i. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. **Schriftleitung:** Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 1 200 000 M. für den Millim. Höhe u. Spalte, 6 Mill. M. i. Reklame, ausschl. an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 105848, Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 2½ Mill. Mk. | **Montag, den 24. September 1923** | **3. Jahrgang Nr. 223**

Vor der Entscheidung!

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 24. September.**

Der Reichskanzler hat zum Montag die Ministerpräsidenten sämtlicher deutschen Länder nach Berlin gerufen. Auch die Vertreter der besetzten Gebiete sind eingeladen. Der Ruhrkonflikt steht im Mittelpunkt, das heißt, die Entscheidung über den Abbruch des passiven Widerstandes soll gefällt werden. Es handelt sich, wie die „B. Z." schreibt, um politisch bedeutsame Maßnahmen. Die Abendblätter sprechen von den großen Entscheidungen der nächsten Woche. Die Berliner Korrespondenten der französischen Presse sind frecher. Sie kündigen immer offener die glatte Kapitulation Deutschlands an.

*

Ist Herr Stresemann wirklich schon so weit, daß er glaubt, den glatten Verzicht auf den passiven Widerstand erklären zu können? Will er wirklich den lauten Protest der Ruhrarbeiterschaft, den die Kommunisten im unbesetzten Deutschland unterstützen, überhören? Poincaré hat deutlich genug gesagt, daß er über nichts verhandelt, daß er keine Zusage macht, wenn nicht eine offizielle Erklärung über die Aufhebung des passiven Widerstandes vorliegt.

Er hat diese Erklärung in drei Reden, die er gestern in Kampenoux bei Nancy, in Toul und im Priesterwalde gehalten hat, wiederholt und außerdem erklärt: „Die Deutschen haben kapituliert und ihre Niederlage anerkannt. Ihr Versuch, sich den Folgen zu entziehen und Frankreich die Früchte seines Sieges zu entreißen, wird scheitern." Sich diesem Diktat beugen, das heißt, die Souveränität Deutschlands aufgeben, das heißt, auf die Räumung verzichten, das heißt, die Forderung nach Freilassung der Gefangenen am Rhein und Ruhr, nach Rückkehr der Vertriebenen, nach Freigabe der besetzten Betriebe fallen lassen. Eine Regierung, die das unternehmen würde, müßte mit einem Ausbruch der Empörung rechnen, der bei den Arbeitern von dem tiefen sozialen Bewußtsein getragen wird, daß diese Unterwerfung von den Arbeitenden bezahlt werden müßte. Ohne vorherige Erfassung der Sachwerte wird jede weitere Reparationsleistung neu den Besitzlosen, den Werktätigen aufgehalst.

Doch die Verhandlungen gehen weiter, ohne Herrn Stresemann. Stresemann ist für Frankreich bereits erledigt. Der „Berliner Lokalanzeiger" läßt sich aus London berichten, „Baldwin habe sich bereit erklärt, an der Ruhrbesetzung teilzunehmen" und das Pariser „Petit Journal" schreibt:

„— daß die Vertreter Frankreichs den offiziellen Auftrag erhielten, keinerlei Besprechungen mit dem Reichskanzler zu führen und auch keinerlei Dokumente entgegenzunehmen, solange der passive Widerstand andauere und die Regierung nicht alle Verordnungen zur Durchführung dieses Widerstandes zurückgezogen habe. Dem Reichskanzler sei dieser Standpunkt der französischen Regierung offiziell durch den französischen Botschafter zur Kenntnis gebracht worden."

Das Organ Stresemanns, „Die Zeit", bestätigt die Wahrheit dieser Meldung.

Indessen handeln die Faszisten. Ueberall sind sie im Vormarsch, dank der Verfolgungen und Unterdrückungen, die die famose Regierung Stresemann-Hilferding gegen die Arbeiterschaft anwenden, dank der Henkersdienste, die die MSPD. an der Arbeiterschaft verrichtet. Die offenen Rüstungen zum Bürgerkrieg der bayrischen Faszisten, der „Völkische Beobachter" überschreibt seine Sonnabend-Ausgabe „Wir rüsten zum Bürgerkrieg", der Arbeitermord der Stahlhelm-Banden in Staritz bei Belgern, zeigen, daß das Barometer auf Sturm steht. Andererseits erkennt die Arbeiterschaft immer mehr, daß die Regierung Stresemann-Hilferding die arbeitende Klasse in immer tieferes Elend stürzt. Der Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Koalitionspolitik zeigt, daß die Stresemann-Hilferding-Sollmann und die Faszisten auf den wachsenden Widerstand der Arbeiterklasse stoßen, er zeigt, daß die Revolution marschiert.

Die rasende Teuerung, die auch durch den künstlichen Druck des Dollars nicht behoben ist, und die täglich zunehmende Arbeitslosigkeit haben die Stimmung aufs höchste gesteigert. Und nur in diesem Zusammenhang sind die Erklärungen des Reichskabinetts und die Geßlers, die er im Parteiausschuß der demokratischen Partei machte, zu verstehen. Er sagte dort:

„Wenn es zum Kampfe kommen sollte, so darf ich versichern, daß die Klarheit meiner Befehle nichts zu wünschen übrig lassen wird. Aber ebenso prompt wie meine Befehle wird auch deren Ausführung durch Offiziere und Mannschaften sein. Dafür setze ich mich mit meiner ganzen politischen Reputation ein".

Die bayrischen Faszisten, der „Stahlhelm", die Industriellen der Deutschen Volkspartei werden über den Witz Geßlers über seine „politische Reputation" sich den Bauch vor Lachen halten. Sie wissen nur zu gut, daß die „politische Reputation" Geßlers, die er sich nach außen hin zu geben beliebt, noch viel weniger wert ist als Noskes „starke Faust" am Tage vor dem Kapp-Putsch. Um eine demokratische „politische Reputation" noch zu haben, dazu hat sich Geßler zu sehr mit den Faszisten, mit den „deutschvölkischen Turnerschaften", mit der „Schwarzen Reichswehr" verbunden.

Die Alarmbereitschaft der Berliner Schupo und die Umgruppierungen der Reichswehr in Sachsen sprechen eine zu beredte Sprache. Man wird uns doch nicht etwa glauben machen wollen, daß Gerüchte über Erwerbslosenkundgebungen, die zu bewaffneten Zusammenstößen führen könnten, ein genügender Anlaß zu dem großen polizeilichen Aufwand sind. Nein, man hat in Berlin größere Schläge vor. Will man etwa der Bevölkerung weismachen, daß die Reichswehrabteilungen des sächsischen Gruppenkommandos nur wegen der drohenden Haltung der bayrischen Kampfverbände vorbereitende Maßnahmen treffen? Warum muß dafür gerade das Reichswehrgruppenkommando in Dresden heran? Wenn es gegen bayrische Aufrührer ginge, so wären doch außer dem bayrischen Reichswehrgruppenkommando das Stuttgarter und Kasseler Gruppenkommando zunächst zur Hand. Aber das Dresdener Gruppenkommando umfaßt außer Sachsen die größten Teile Thüringens und des mitteldeutschen Industriebezirks!

Die Drohungen, die aus den Mitteilungen über die gestrige Kabinettssitzung klingen, sagen deutlich genug, daß die Reichsregierung bereit ist, mit dem allgemeinen Belagerungszustand, für den die Ausführungsbestimmungen wohl schon fertiggestellt sind, jede Protestregung der Arbeiterschaft gegen eine Kapitulation ohne Sachwerterfassung, ohne Räumung und völlig auf Kosten der werktätigen Massen niederzuschlagen. **So wird da offene Faszistenregiment, die rücksichtslose Durchführung des Stinnesprogramms außen- und innenpolitisch vorbereitet.**

Die Drohungen und Rüstungen der bayrischen Faszisten, die auch in Nord- und Mitteldeutschland fieberhaft betrieben werden, und deren scheinbare Spitze gegen die bayrische Knilling-Regierung, der ganze Lungenaufwand gegen die Kapitulation vor Poincaré, haben nur den Zweck, das Stinnes-Programm rücksichtslos durchzuführen. Die erste Tat Kapps, hinter dem Helfferich stand, war die Bereiterklärung zur Erfüllung des Versailler Vertrages. Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, Zehn-, ja Zwölfstundentag, Beseitigung des Koalitions- und Streikrechts, Beseitigung der Betriebsräte, ungeheure Steuerlasten, das steht der Arbeiterschaft bevor.

Dem muß ein Damm entgegengesetzt werden. Die Gefahr kann nur durch die Revolution beseitigt werden. Dieser Kampf ist der ureigenste Kampf der Gewerkschaften, denn um deren Sein oder Nichtsein geht es. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die in Opposition zur Koalitionspolitik ihrer Führer stehen, müssen sich nun entscheiden: **Entweder sie gehen weiter mit ihrem Wels, mit ihrem Hermann Müller, mit ihren Schulz, Wissell, Dreyfuß und ihren rechten Gewerkschaftsführern, oder sie reihen sich ein in die Front des kampfentschlossenen, revolutionären Proletariats.** Die Belegschaften in den Betrieben, die Betriebsräte, die Gewerkschaften und deren Organe müssen sich mit den Maßnahmen dieser sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung beschäftigen und müssen sich entscheiden. Die Entscheidung kann nicht schwer sein, sie muß lauten: **Kampf dem Stinnes-Programm und Kampf bis aufs Messer der Regierung, die dieses Stinnes-Programm durchführen will**

Halt! Wer weitergeht, wird erschossen!

§ 153 der Reichsverfassung: Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet
Die Staatsgewalt hat die Pflicht, das Privateigentum zu schützen

Aus der letzten Regierungserklärung am Sonntag:

„Es besteht unter den verantwortlichen Faktoren der Reichsregierung volle Uebereinstimmung darüber, daß gegenüber jedem Versuch, die Staatsgewalt zu erschüttern, von welcher Seite er auch kommen mag, sofort die erforderlichen Maßnahmen ergriffen und die der Reichsregierung genügend zur Verfügung stehenden Machtmittel des Staates eingesetzt werden müssen."

Voller Erfolg der Streikenden in Oberbaden!

(Eigene Drahtmeldung)

Mannheim, 22. September.

Die badische Regierung hat die Zurücknahme der Schupo aus den oberbadischen Industrieorten zugesagt. Auf diese Zusage hin hat eine Betriebsrätevollversammlung die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag für das gesamte Werra-, Wiesen- und Rheintal beschlossen. Außerdem ist tariflich festgelegt worden, daß eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 50 Schweizer Franken ausbezahlt wird und die zukünftige Regelung der Löhne ist nach Goldwert festgelegt worden. Die Schupo ist zum größten Teil bereits abmarschiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230924-14/fragment/page=0001

Hört die Signale!

Im Verlauf der letzten Woche gab es an drei Stellen in Deutschland Teuerungsunruhen und Schießereien: in Beuthen, in Sorau, in Lörrach. An allen drei Stellen ist Arbeiterblut geflossen. An allen drei Stellen war der Hunger Ursache von Demonstrationen. An allen drei Stellen sollte Polizei den Hunger durch blaue Bohnen erledigen.

Die Ereignisse in Baden sind am wichtigsten. Denn dort antwortet die Arbeiterschaft der Polizei. Sie greift zu ihrer Waffe, zum Streik. Die Ereignisse in Baden sind ein Signal für die Arbeiterschaft. Im ganzen Reiche müssen sie ein Signal sein. Und die Ereignisse im Badischen müssen eine Lehre sein.

Der Hunger in Deutschland beginnt erst. So groß die Verelendung ist, sie wird noch unermeßlich größer werden. **Die Arbeitslosigkeit in Deutschland beginnt erst.** So groß die Zahl von 1 000 000 Arbeitsloser zu sein scheint, sie wird noch wachsen. **Die Unruhen in Deutschland beginnen erst.** So schauderhaft das angerichtete Blutvergießen ist, es ist erst der Anfang.

Denn der Plan der Bourgeoisie ist, die Arbeiter aufs Pflaster zu werfen, durch Hunger mürbe zu machen, jede Regung, sei es auch nur eine harmlose Demonstration, in Blut zu ersticken, um dann die verhungerte, niedergeschlagene Arbeiterschaft im Verein mit den Hyänen des Ententekapitals unbeschränkt auszubeuten.

Die Taktik der Bourgeoisie aber ist, die Arbeiter in Einzelgebieten nach Einzelbranchen zu schlagen, den Aderlaß zunächst homöopathisch zu beginnen, heute in Beuthen, morgen in Sorau, übermorgen in Lörrach, dann vielleicht in Hannover, in Dresden, in Lübeck, kurzum, bald hie, bald da, immer aber so, daß die Arbeiter zersplittert kämpfen, während die Bourgeoisie einen einheitlichen Schlag vorbereitet und bereit ist, Zusammenstöße zu provozieren, wo und wann sie ihr passen; heute durch Tarifbruch, morgen durch Schießerei, übermorgen durch Aussperrungen, dann durch Lockspitzel, bei geeigneter Zeit auch durch ein Putschchen.

Dieser Strategie und Taktik gilt es, proletarische Strategie und Taktik entgegenzusetzen.

Das Ziel der Bourgeoisie ist, unter allen Umständen ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, auch um den Preis der völligen Kapitulation vor dem französischen Imperialismus, der Lostrennung großer Gebiete vom Reich, der Aufgabe der Souveränität.

Das Ziel des Proletariats ist, unter allen Umständen schnell die Herrschaft der Bourgeoisie vollständig zu brechen, das Reparationsproblem, solange es besteht, **proletarisch,** das heißt **auf Kosten der Besitzenden allein,** zu lösen, die eventuell von der Bourgeoisie losgetrennten Gebiete revolutionär an das revolutionäre Reich zu schmieden, die Souveränität der **proletarischen Republik** aufrechtzuerhalten und zu stärken durch **Anlehnung an Rußland und Bündnis mit Rußland** — und auf dieser Grundlage der arbeitenden Bevölkerung Existenzmöglichkeit zu geben.

Die Taktik der Bourgeoisie ist: Zersplitterung des Proletariats, Einzelkämpfe, überraschende Vorstöße, heimliche Sammlung der eigenen Kräfte zum überraschenden Gesamtvorstoß.

Die Taktik des Proletariats muß sein, **den Gegner zu zersplittern, überlegenem Gegner, insbesondere bewaffnetem, auszuweichen, die eigenen Kräfte zum Gesamtvorstoß zu sammeln, und zwar planmäßig und in aller Oeffentlichkeit.**

Was heißt das? Es heißt erstens, daß alle Anstrengungen gemacht werden müssen, um diejenigen Schichten und Organisationen, welche auf der Seite des Klassenfeindes stehen oder auch nur stehen können, zum mindesten zu neutralisieren, nach Möglichkeit aber auf die proletarische Seite hinüberzuziehen.

Solche Schichten und Organisationen sind Aerzte, Techniker, Angestellte, Beamte, Polizei, Reichswehr, Kleinbauern, Kleinhändler, Kleingewerbetreibende, das Heer der „völkischen" und deutschnationalen Mitläufer, deren soziale Lage verzweifelt ist. Sie suchen nach einem Ausweg. Sie werden sich der Seite anschließen, welche ihnen den Ausweg zeigt. Es handelt sich also nicht um „Liebeswerben", sondern um eine schwere, ernste und dankbare politische Aufgabe.

Wie löst man sie? Indem man zweitens den überall entstehenden Lohnkämpfen, Teuerungsunruhen, Hungerkrawallen ein gemeinsames Ziel gibt.

Die Lohnkämpfe, die Kämpfe um Preisregulierung müssen zusammengefaßt werden und können zusammengefaßt werden. Sie stehen im Zusammenhang mit der Finanz- und Reparationsfrage. Die Losungen dieser Kämpfe sind fürs erste **Kontrolle der Fabriken, Banken, Großhandelsunternehmen, Sachwerterfassung und Preisregulierung durch proletarische Organe.**

Bei dieser Zusammenfassung wird man an jede Schicht verschieden heranzutreten haben. Ueberall aber wird man diese ersten Ziele der Tageskämpfe in den Vordergrund zu rücken haben.

Dabei wird man den VSPD.-Arbeitern zu sagen haben: Glaubt Ihr, daß der Arbeiterschaft gedient ist, wenn durch sozialdemokratische Minister Kommunisten, also Vertreter der Arbeiterschaft, so verfolgt werden, wie nie unter Cuno? Glaubt Ihr, daß der Arbeiterschaft gedient ist, wenn sozialdemokratische Minister die Kassenschränke durch heiliges „Geschäftsgeheimnis, Aufbebung der Außenhandelskontrolle, Beschneidung der Rechte der Betriebsräte, humbugste Denisenverordnungen, Nichtanerkennung der Kontrollausschüsse schützen? Glaubt Ihr, daß der Arbeiterschaft gedient ist durch die Koalition mit Stinnes? Durch das Verbot der proletarischen Hundertschaften und gleichzeitige Begünstigung der Faszisten und ihres Ministers Geßler? Den politisch indifferenten Schichten kann man leicht die „Gerechtigkeit" des Steuerzegens zeigen, die Aussichtslosigkeit ihrer Existenz bei Fortbestehen des kapitalistischen Systems, die demagogische Hohlheit der nationalistischen Phrasen. Es gilt, sie in Front zu bringen gegen Großhandel, Großgrundbesitz, Großbank und Großkonzern, das heißt gegen Große Koalition und Bourgeoisie.

Und damit kommt man zum dritten: die zu bildende Gesamtfront muß aufgebaut werden zum Sturz des Kapitals und zur Errichtung der proletarischen Herrschaft in Deutschland.

„So wie bisher geht es nicht weiter" — das ist die Stimmung in Deutschland. Also muß es „anders" werden. Dieses „anders" kann aber nur dann einen Sinn haben, wenn die Klassenmachtverhältnisse radikal verändert sind.

In der Tat: kein einziges der obengenannten, sehr bescheidenen Ziele kann erreicht werden, solange bureaukratische Organe die Staatsmaschinerie bilden und solange die diesen bureaukratischen Organen entsprechende Spitze eine bürgerliche oder koalitionsmäßige „Regierung" spielt.

Nur eine Regierung, die sich auf breite Massen stützt und Organe der breiten Massen als Exekutivorgane besitzt, kann und wird diese Tagesprobleme lösen können.

Hilferding mit seinen schönen Plänen und Versprechungen ist bankrott. Die ganze Koalitionspolitik ist bankrott.

Eine Regierung nach Mussolinischem Muster wäre ebenso zum sofortigen Bankrott verurteilt: denn sie würde im wesentlichen die gleiche kapitalistische Politik treiben müssen. Eine spanische Generalregierung wäre noch schneller bankrott.

Uebrig bleibt: die Regierung des Proletariats, die mit eiserner Faust den Saustall säubert.

Die Ereignisse in Baden sind ein Signal. **Zum ersten Male streiken auch Poster und Eisenbahner,** weil die Arbeiter streiken.

Die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands muß die badischen Kämpfer unterstützen. Der Kampf, der von Lörrach ausging, ist ein Signal. Vielleicht sind die Entscheidungsschlachten näher, als mancher ahnt.

Die Regierung bereitet die Durchführung des Stinnes-Programmes vor

TUV. Berlin, 22. September.

In der Oeffentlichkeit sind in letzter Zeit wiederholt Gerüchte aufgetaucht über Bewegungen, die sich gegen die Staatsgewalt richteten und einen Umsturz vorbereiteten. Von verschiedenen Seiten sind nach dieser Richtung auch öffentlich Drohungen ausgesprochen worden. An der Stellung der Reichsregierung gegenüber etwaigen derartigen Versuchen kann ein Zweifel nicht bestehen. Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten hat am Sonntag eine Beratung stattgefunden, an der der Reichskanzler, der Reichsminister des Innern, der Reichswehrminister und der Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, teilgenommen haben. Diese Beratung hatte den Zweck, alle Maßnahmen vorzubereiten, die notwendig werden können, um derartige Bestrebungen unschädlich zu machen. Es besteht unter den verantwortlichen Faktoren der Reichsregierung volle Uebereinstimmung darüber, daß gegen jeden Versuch, die Staatsgewalt zu erschüttern, von welcher Seite er auch kommen mag, sofort die erforderlichen Maßnahmen ergriffen und die der Reichsregierung genügend zur Verfügung stehenden Machtmittel des Staates eingesetzt werden.

Der niedergemetzelte Proletarier:

Ich starb für die Revolution — arbeite Du für sie! Nur so kannst Du meinen Tod rächen und das Verderben der Proletarier verhindern.

Im offenen Bürgerkrieg

Stahlhelmer erschießen einen Arbeiter

Belgern, 24. September.

Die für Sonntag angesetzte Landarbeiterversammlung, in der Genosse Holzweißig referieren sollte, war vom Bürgermeister verboten worden. „Stahlhelm" und „Wehrwolf" hatten jedoch zu gleicher Zeit eine Bannermeile veranstaltet, die nicht verboten war. Der Stahlhelm marschierte im geschlossenen Zuge mit schwarzweißroter Fahne durch die Stadt. In Staritz hatten sich ebenfalls ein Teil Landarbeiter versammelt, die zu der Versammlung nach Belgern kommen wollten. Als die Stahlhelmer erfahren hatten, daß in Staritz die Landarbeiter versammelt sind, fuhren sie, hundert Mann stark, mit Autos dorthin und vertrieben die versammelten Landarbeiter bis an die Fähre. Einen Teil nahmen sie gefangen und schleppten sie auf ihre Autos. Die Arbeiter von Belgern kamen den dort bedrängten Genossen zur Hilfe. Als die Stahlhelmer unsere Genossen bemerkten, schlugen sie sofort auf sie ein und es entwickelte sich ein regelrechter Kampf. Die Stahlhelmer schossen und unser Genosse Gustav Welt, Vorsitzender der Ortsgruppe Belgern, sank getroffen tot zu Boden. Nach hartnäckigem Kampfe gelang es, die gefangen genommenen Genossen zu befreien. Unterdessen hatte der Stahlhelm Verstärkung herangeholt und die vom Stahlhelm zur Hilfe herbeigerufene Schupo war eingetroffen. Die Schupo nahm die Genossen Holzweißig, Schneider, Krausch, Leicht und noch sechs andere Genossen in Haft. Trotz aller Proteste der Arbeiterschaft gelang es nicht, die Genossen freizubekommen. Wäre die Schupo den Stahlhelmern nicht zur Hilfe gekommen, er hätte jämmerliche Dresche bekommen. Von den Arbeitern sind einige durch Dolchstiche und Gummiknüppeln verletzt, während der „Stahlhelm" bedeutend mehr Verwundete hat.

„Die deutsche Frage wird in Berlin von bayrischen Fäusten gelöst werden"

Ankündigung des Faszisten-Vormarsches gegen Thüringen

(Eig. Drahtm.) München, 22. September.

In Augsburg fand eine vom Vaterländischen Kampfbund veranstaltete Feier statt, zu der u. a. General Ludendorff, General Kleinhenes und der Oberkommandierende des Vaterländischen Kampfbundes, der Oberstleutnant Riebel sowie zahlreiche Offiziere der Landespolizei in Uniform erschienen waren. Der Führer der „Reichsflagge", Hauptmann Heiß, sagte in seiner Ansprache u. a.: „Die deutsche Freiheitsbewegung geht von München aus. deutsche Frage wird in Berlin von bayrischen Fäusten gelöst werden. Die deutsche Frage kann nur durch das Schwert gelöst werden. Der jüdische Marxismus wird von uns zerschlagen werden. Es heißt jetzt, mit Gewehr und Maschinengewehr und mit unseren paar Kanonen zu marschieren. Und wenn man uns dazu nicht die Pferde gibt, so ziehen wir sie selber durch Thüringen. Wir machen gar kein Hehl daraus, daß wir die nationale Revolution wollen unter dem Banner schwarzweißrot mit dem Hakenkreuz — und mit diesem werden wir siegen."

Der „Völkische Beobachter" sagt u. a.: „Wir fragen die bayrische Regierung, was sie zu tun gedenkt, um dem gesamten Marxismus in Bayern jetzt in letzter Stunde einmal endlich das Genick zu brechen. Es ist eine Schamlosigkeit ohnegleichen, daß heute noch marxistische Zeitungen in Bayern erscheinen dürfen und daß ein Mann wie Erhard Auer heute noch Vizepräsident des Bayrischen Landtages ist. Wir ersuchen den Ministerpräsidenten, einmal die Konsequenz aus seinen eigenen Anschauungen, daß der Marxismus als solcher ein Staats- und Hochverrat ist, zu ziehen, den Landtag aufzulösen und den Marxismus samt und sonders hinter Schloß und Riegel zu setzen. Zum Bürgerkrieg wird gerüstet und die Deutschen haben sich gegen die kommende Alleinherrschaft zu verteidigen. Will Herr von Knilling das nicht, sodann ist er reif zum Abtreten."

Die Schupo schießt in eine Hungerdemonstration

(Eigene Drahtmeldung)

Gleiwitz, 22. September.

Im Laufe des heutigen Tages sind die Belegschaften von Gleiwitz, Hindenburg, Sohnitza, Makoszkas, Zaborze, Mikolschütz nach Gleiwitz marschiert, um gegen die Teuerung und gegen die zu wenig gezahlten Vorschüsse zu demonstrieren. Die Demonstranten wurden in Gleiwitz von der Schupo versprengt. In Hindenburg sind gegen 30 Personen verhaftet worden. Die Arbeiter wurden von der Schupo geschlagen. Der Bevollmächtigte Krenmek vom Deutschen Bergarbeiterverband wurde von der Schupo verprügelt und verhaftet; die Arbeiter haben ihn aus den Klauen der Schupo wieder befreit. Bemerkenswert ist, daß die Schupo, die unter sozialdemokratischer Leitung steht, insbesondere sozialdemokratische Funktionäre verprügelt. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Beck wurde von den demonstrierenden Arbeitern geholt und mußte mitten unter den Arbeitern stehenbleiben. Nach einer längeren Versammlung begaben sich etwa 100 000 Mann nach dem Gebäude des Arbeitgeberverbandes. Den Arbeitern wurden vier Patrouillen zu Pferde und fünf Lastautos mit Schupo entgegengeleitet, die versuchten, den Zug zu sprengen. Es sind dabei Schüsse gefallen und Verwundete zu verzeichnen, die auf das rigorose Vorgehen der Schupo mit der blanken Waffe zurückzuführen sind.

Sollmann – Severing – Richter werden nervös

(Eigene Drahtmeldungen)

Berlin, den 24. September.

Während des gestrigen Sonntags war die ganze Schutzpolizei für Groß-Berlin mit Stahlhelmen und Handgranaten im Gürtel in Alarmbereitschaft. So mußten sie in der Kaserne exerzieren und auf den „Umsturz" warten.

*

Mit dauernder Alarmbereitschaft und Exerzieren werden die Beamten auf die Arbeiterschaft gedrillt. Sie werden vorher überreizt, um sie für das Schießen auf hungernde, demonstrierende Arbeiter reif zu machen. Der Plan der Sollmann — Severing — Richter wird nicht gelingen, da die Beamten immer mehr erkennen, daß sie in die Reihen der werktätigen Bevölkerung gehören.

Bergarbeiterstreik im Westen

(Eigene Drahtmeldung)

Düsseldorf, 24. September.

Die Zechen am linken Niederrhein stehen seit Dienstag, den 12. September, im Streik. Es handelt sich um etwa 24 000 Mann. Verhandlungen haben nicht stattgefunden, da die Direktoren nicht aufzufinden sind. Es wurde einstimmig beschlossen, die Notstandsarbeiten einzustellen, was auch durchgeführt wurde. Die Streikenden stellten Forderungen dahingehend auf, daß große Sammelaktionen durch Bauern und Mittelständler vorgenommen werden sollen und auch die Betriebsräte anderer Berufe aufgefordert werden, sofort Sammlungen vorzunehmen und die gesammelten Beträge an die Zentralstreikleitung abzuliefern.

Auf Grund dieser Beschlüsse haben die Bauern und Mittelständler rege Sammlungen veranstaltet. Die Bauern haben in großen Mengen Lebensmittel auf die Zechen gebracht, ebenso wurden große Geldbeträge gesammelt.

Halbe Schritte des Bergarbeiter-Verbandes

Cöthen (Anhalt), 24. September.

Gestern fand eine Konferenz der am Tarif für den Braunkohlenbergbau beteiligten Organisationen statt, auf der die Revier- Halle, Nordhausen, Hildesheim, Zeitz und Senftenberg vertreten waren. Ueber die Lohnpolitik referierten Behrens, Halle und Schmidt, Bochum von Zentralvorstand des Bergarbeiterverbandes. Nach ausgiebiger Aussprache wurde folgende Entschließung mit 90 gegen zwei Stimmen angenommen:

„Die am 23. September 1923 in Cöthen tagende Konferenz der am Tarif für den Braunkohlenbergbau beteiligten Organisationen nimmt zur gegenwärtigen Lohnpolitik Stellung und beschließt:

Nach den Berichten der Organisationsvertreter steigern die Arbeitgebervertreter die Schwierigkeiten gegen jede notwendige Lohnerhöhung von Verhandlung zu Verhandlung. Die Arbeitgeber lehnen in Frontstellung gegen die Reichsregierung die Erfüllung der nur die notdürftigste Lebenshaltung befriedigenden Schiedssprüche ab. Sie legen Feierschichten ein und nehmen Entlassungen vor. Die Konferenz billigt die Tätigkeit der Verbandsvertreter, fordert sie aber auf, sofort mit allen Mitteln die Durchführung der Schiedssprüche zu erzwingen. Die Konferenz fordert die Verbandsvertreter ferner auf, wegen der strittigen Lohnzahlungsfrage sofort endgültig mit den Arbeitgebervertretern zu verhandeln. Lehnen die Arbeitgeber die Durchführung der Schiedssprüche erneut ab, soll eine unverzügliche Vollkonferenz für ganz Mitteldeutschland die entscheidenden Beschlüsse fassen. Die Konferenz fordert die Reichsregierung auf, für den Fall der Nichtzustimmung zu höheren Kohlenpreisen in Rücksicht auf die Weltmarktkohlenpreise die Kohlensteuer zugunsten der Bergarbeiterlöhne abzubauen und die dann freiwerdenden Beträge nur zur Aufbesserung der Löhne entsprechend der verteuerten Lebenshaltung zur Verfügung zu stellen. Die Konferenz fordert die Belegschaften des mitteldeutschen Bergbaues auf, in Anbetracht der kommenden schweren Kämpfe dafür zu sorgen, daß es im Bergbau keine Unorganisierten mehr gibt."

*

Die Bergarbeiter werden diese Resolution zweimal lesen müssen. Die Resolution atmet den Geist der Arbeitsgemeinschaft. Wenn die Regierung keine höheren Kohlenpreise bewilligt, dann Abbau der Kohlensteuer zwecks höherer Lohnzahlung. Den Behrens und Schmidt scheint der Gedanke noch nicht gekommen zu sein, daß die Höhe des Lohnes der gefällten Schiedssprüche schon im jetzigen Kohlenpreis mit enthalten ist und daß die Kohlenherren die Schiedssprüche nur deshalb nicht erfüllen, weil sie die Rhein- und Ruhr-Abgabe und die Betriebssteuer voll und ganz auf Kosten der Arbeiter bezahlen wollen. Der Bergarbeiter-Verband läßt sich hier wiederum als Vorspann für die Forderungen der Bergherren benutzen. Die Bergarbeiter müssen sich den vollen Tariflohn erkämpfen und außerdem die Herabsetzung der Kohlensteuer erzwingen, damit die Kohlen billiger werden, und die Produktionssabotage der Unternehmer brechen.

Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbankanstalten findet vom 24. September 1923 an bis auf weiteres zum 10 000 000-fachen Betrage des Nennwertes statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230924-14/fragment/page=0002

Die wachsende Opposition in der VSPD.

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, den 24. September.

Am gestrigen Sonntag wurde der Bezirksparteitag der VSPD. Groß-Berlins fortgesetzt. Auf Einladung der Delegierten hielt der Ministerpräsident Zeigner ein Referat über die augenblickliche Lage und über den Fall Gessler-Zeigner. Die Ausführungen Zeigners wurden von der großen Mehrheit der Delegierten mit Zustimmung aufgenommen. Als einige Mitglieder des Bezirksvorstandes sich gegen die Taktik des sächsischen Minister-Genossen wenden wollten, wurden sie von Zwischenrufen unterbrochen. Die Entschließung, die ein Vertrauensvotum für Zeigner bedeutet, wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Das Mißtrauensvotum gegen den Bezirksvorstand und die „Vorwärts"-Redaktion, das bereits am 2. September vorlag, wurde „wegen vorgerückter Zeit" nicht mehr zur Abstimmung gebracht.

Stettin, den 24. September

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratie Pommerns nahm in seiner letzten Sitzung nach einer ausgiebigen Aussprache über die wirtschaftliche und politische Lage eine Entschließung an, in der es u. a. heißt:

„Der Bezirksvorstand muß mit Bedauern feststellen, daß die in die Große Koalition gesetzten Erwartungen bis jetzt nicht erfüllt worden sind und macht Parteivorstand und Fraktion nachdrücklichst darauf aufmerksam, daß nach seiner Meinung die Große Koalition versagt hat. Wir fordern die Zurückziehung der VSPD. aus der Koalitions-Regierung."

Zwickau, den 24. September

Der erweiterte Bezirksvorstand der VSPD. Zwickau-Plauen nahm mit allen gegen eine Stimme eine Entschließung an, die u. a. folgendes enthält:

„Der Bezirksvorstand des Bezirks Zwickau-Plauen der VSPD. hält ein Verbleiben der Partei in der Regierung Stresemann für untragbar und fordert daher vom Parteivorstand und Reichstagsfraktion die sofortige Zurückziehung unserer Genossen aus der Reichsregierung. Die wirtschaftlichen, die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten können nicht auf dem Wege der Koalitionspolitik, sondern nur durch eine aktive proletarische Politik überwunden werden."

Fimmen entlassen?

Paris, 22. September.

Die Wochenschrift „La Vie Ouvrière" meldet, daß das internationale Gewerkschaftsbureau in Amsterdam in seiner letzten Sitzung seinen Generalsekretär Fimmen des Amtes enthoben habe. Die Nachricht werde in Kürze offiziellen Charakter annehmen.

*

Nach den Entschließungen der letzten Vorstandssitzung des IGB. ist fast nicht mehr an der Richtigkeit dieser Nachricht zu zweifeln. Die Bonzen des IGB. können es nun einmal nicht vertragen, daß in ihren engeren Reihen ein anständiger, für die Einheitsfront aller Arbeiter eintretender Mann sitzt.

„Volksblatt"-Politik

Das „Volksblatt" versucht, unsere Forderung der Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung sowie unsere Versuche, den Faszismus ideologisch zu zerfetzen, als arbeiterfeindlich zu denunzieren. Es behauptet tod, die Kommunisten wollten mit den Faszisten zusammengehen und sie unterstützten den Wucher der Bauern.

Was ist in Wirklichkeit? Die Politik der Arbeitsgemeinschaft, die die Kaufkraft der Löhne ständig senkt, die die Spargroschen der Kleinrentner und vieler Gewerbetreibenden in die Taschen des Großkapitals hat fließen lassen, ist die Ursache der allgemeinen Verelendung, die auf die Kleinbauern und Kleingewerbetreibende aller Art hinübergreift. Anstatt die Aufmerksamkeit und den Kampfeswillen aller Volkskreise gegen das Großkapital und den Großgrundbesitz zu richten, hetzt das „Volksblatt" gegen die Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden, die ebenso Opfer des Großkapitals sind wie die anderen Proleten.

Kampf zwischen Arbeitern und „Bund Oberland"

WTB. **München**, 24. September.

Gestern abend kam es hier zu Zusammenstößen zwischen Angehörigen der linken Parteien und Mitgliedern des Bundes Oberland. Auf dem Mariahilfsplatze entstand eine lebhafte Schießerei. In einem Falle wurde eine Person schwer verletzt. Die Polizei griff sofort ein. Verhaftungen wurden vorgenommen. Eine Untersuchung über die Vorgänge ist eingeleitet.

Was die Berliner Zeitungen kosten

In der Woche vom 23. bis 29. September kosten:

Berliner Tageblatt	40 Millionen.
DAZ.	36 Millionen.
Vorwärts	20 Millionen.
Volkszeitung	20 Millionen.
Morgenpost	18 Millionen.

Solidarität russischer Bauern

Odessa, 20. September.

Heute hat das Bauerntum der Bezirke Odessa und Nikolajeff seine erste Spende der Internationalen Roten Hilfe gebracht — einen Transport mit Brot. Um 4 Uhr morgens standen lange Reihen Bauernwagen vor dem Sammelpunkt des Gubprodkom (Gouvernements-Lebensmittelkommission). Auf vielen Wagen waren Ueberschriften: „Es lebe die kommende Revolution in Deutschland! Es lebe das brüderliche Sowjet-Deutschland!"

Deutschvölkische Mörder werden begnadigt. Der wegen des Münchner Femenmordes an dem Studenten Baur zum Tode verurteilte Student Zwengauer ist zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. Die bayrische Faszisten-Regierung schützt ihre Mordbuben. Wie lange noch dauert es, bis der Mörder Zwengauer aus dem Zuchthause, wie Ehrhardt, entflieht?

Das Existenzminimum. Der Wirtschaftsstatistiker Richard Calwer berechnet nach seiner bekannten Methode die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie, Eltern und zwei Kindern, nach dem Stande der Lebensmittelpreise vom 15. September 1923 auf 939 410 000 Mk. pro Woche gegen 469 752 000 Mk. der vergangenen Woche.

Produktionssabotage — Steigende Arbeitslosigkeit. Nach den neuesten Feststellungen hat die Arbeitslosigkeit in der rheinischen Metallindustrie eine ungeheure Steigerung erfahren. Im Hagener Bezirk hat sich die Arbeitslosenziffer um 25 Prozent erhöht. Im Kölner Bezirk ist sogar eine Steigerung von 50 Prozent zu verzeichnen. In Berlin ist die Zahl der Arbeitsuchenden in der am Sonnabend abgelaufenen Woche gegenüber der Vorwoche um 18 290 auf 144 683 gestiegen. Davon erhalten nur 64 391, also noch nicht die Hälfte, Unterstützung.

Vom Rauschmeißer zum Landrat. Der sozialdemokratische preußische Landtagsabgeordnete und Gewerkschaftssekretär Bubert-Osnabrück wurde zum kommissarischen Landrat in Emden ernannt. Von Bubert ist nur zu sagen, daß er sich bei dem letzten Landtagsstandal Leinerts hervorragend als Rausschmeißer und Raufbold gegen unsere Genossen betätigte.

Um die Auszahlung der Beamtengehälter. Der Haushaltausschuß des Reichstages beschäftigte sich am 22. September mit der Auszahlung der Beamtengehälter. Nachdem Ministerialdirektor Schlieben versichert hatte, daß die Beamten am 30. September ihr Oktobergehalt ausgezahlt bekommen, gab der Ausschuß die Ermächtigung zur Auszahlung der Teuerungszuschläge gemäß den Vereinbarungen zwischen Reichsfinanzministerium und Spitzenorganisationen.

Aus den Betrieben und Werkstätten

An die Arbeit!

Annähernd fünf Jahre steht das deutsche Proletariat in der Revolution. Betrachtet man die Betriebsversammlungen der Jetztzeit und stellt man demgegenüber das Bild der Betriebsversammlungen von 1919 und 1920, so ist festzustellen, daß es sich wesentlich verändert hat. Die Klärung der Geister hat begonnen und rapid zugenommen. Der Schwindel der Arbeitsgemeinschaft, sowie der formalen Demokratie ist breiten Arbeitermassen offenbar geworden. Einen großen Verdienst haben sich dabei zweifellos die Führer der VSPD. und des ADGB. erworben. Massenabwanderung aus der VSPD. ist die Folge. Arbeiter, die Jahrzehnte dieser Partei angehörten, vernichten ihre Mitgliedsbücher. Alle ihre Illusionen sind vernichtet. Ein Teil von ihnen kommt zur KPD., da sie erkannt haben, daß diese die einzige wahrhaft proletarische Partei ist. Ein anderer Teil bleibt indifferent und geht dadurch der proletarischen Kampffront verloren. Hier erwachsen den Parteigenossen in den Betrieben große Aufgaben. Unermüdlich, unverzagt gilt es, diese nunmehr parteilosen Arbeiter zu gewinnen.

Die schwächliche Politik der VSPD. hat jedoch ihre Anhänger nicht nur ins Lager der Indifferenten getrieben, sondern ein ganz bestimmter, und zwar aktiver, Teil ist ins Lager des Faszismus abgewandert. Diese Arbeiter können nicht durch Versprechungen gewonnen werden. Sie können nur dann wieder für die Sache des Proletariats gewonnen werden, wenn sie auf unserer Seite die Aktivität sehen und an der Taktik sowie Organisationsform der proletarischen Klasse durch die Kommunistische Partei täglich feststellen können, daß diese zum Kampf für die proletarischen Interessen bereit ist. Wir kommen diesen Elementen dadurch nicht näher, wenn wir sie mit Verachtung strafen.

Wir haben daher in unserem Betriebe bei der Gründung der Betriebszelle eine systematische Verteilung der Arbeit so eingerichtet, daß jeder Genosse einige Arbeiter zur besonderen Bearbeitung zugewiesen bekommen hat. In den Pausen und auf dem Heimwege pflegen unsere Genossen mit diesen Arbeitern, die sie zugewiesen bekommen haben, Gespräche anzuknüpfen, um so von Tag zu Tag mehr Terrain zu gewinnen. Bereits machen sich die ersten Erfolge bemerkbar.

Die Stahlhelmer, die bei der Gründung der Betriebszelle, vor sechs Wochen, zirka 38 Mann stark waren, sind bereits zurückgegangen auf 27 Mann. Die Betriebszelle ist von 13 Mann auf 19 Genossen angewachsen. Zeitungsabonnenten hatten wir vor sechs Wochen im Betriebe 24, jetzt 35. Gewiß, noch keine überwältigenden Erfolge bei der 400 Mann starken Belegschaft. Wir werden aber bei systematischer Betreibung dieser Arbeit noch gewaltige Erfolge erzielen.

Verhöhnung der Leunasklaven!

Am 3. September führte man im Leunawerk das sogenannte „wertbeständige Sparsystem" ein, bei dem als höchstzulässige Lohnrücklage **pro Woche 15 Arbeitsstunden** gelten. Die ausgemergelten Proleten, die unüberlegt auf diesen Betrug eingingen, kündigten jedoch bald wieder die abgehungerten Spargelder, weil sie buchstäblich auf dem letzten Loche pfiffen und der Hungerriemen sich nicht mehr enger schnallen ließ. Dessenungeachtet provozierte die „wohlwollende" Leunadirektion ihre Belegschaft am 20. September mit einer grausam höhnenden Bekanntmachung: Sie wolle dem Sparbetrieb der Arbeitnehmer keine Schranken setzen und „erkläre sich deshalb bereit", für den Arbeiter bis zirka 400 Lohnstunden „wertbeständig **zurückzulegen**" bei **wöchentlichen Abzügen in beliebiger Höhe**, Angestellte können **monatlich zwei Drittel ihres Gehaltes sparen!** Bei Auszahlung der Spargelder hat man folgende Praktika: Bis zu 60 Lohnstunden muß der „Sparvogel" wie gewöhnlich am Freitag zum Dienstag kündigen. Ueber 60 Stunden ist eine Woche dazu nötig, von Dienstag zum Dienstag. Sollten diese „entgegenkommenden Maßnahmen" (nach der Auffassung der Direktion) für jemand wirklich angebracht sein, so gelten sie nur den Arbeitern, die auf Grund ihrer Doppelexistenz, auf die „Leunagroschen" nicht angewiesen sind und die meist Posten innehaben, bei denen sie anstatt „Lohn- Anwesenheitsgelder" empfangen. Die Mehrzahl der Leunaproleten hat den Beitrag völlig durchschaut und sich energisch diese Belästigungen verbeten. Der Betriebsausschuß und der wirdige Obmann sahen die Früchte ihrer verbrecherischen Arbeitsgemeinschaftspolitik reifen, die das Elend der Arbeiterschaft hervorgerufen und vergrößert hat. Die Provokation der Anilingewaltigen wundert keinen Menschen mehr, denn von diesen Tyrannen kam noch nichts Gutes. Diese Machenschaften zwingen den Einfältigsten zum Nachdenken, und zu gegebener Stunde werden auch die „Leunasklaven" zu handeln wissen!

Das Haidaer Kies- und Ziegelwerk

Ein feine Firma ist das Haidaer Kies- und Ziegelwerk. Zu einem Vergnügen der Belegschaft stellte sie etwa 3000 Stück Steine zur Verfügung, damit aus deren Erlös genügend Bier und Schnaps angeschafft werden konnte. Der Erfolg blieb nicht aus. Nach kurzer Zeit war ein großer Teil der „Festgesellschaft" besoffen. Ob die Belegschaft gewußt hat, daß es ihre eigenen Groschen waren, oder traut sie ihrem Fabrikanten soviel zu, daß er die Sauterei aus eigener Tasche bezahlt? Für eine Sammlung für die „Rote Hilfe" hatte niemand etwas übrig. Als aber der Herr Fabrikant erschien, da stellte sich die ganze Gesellschaft im Festsaal zum Spalier für diesen Herrn auf. Kurz vor dem Stattfinden des Vergnügens brachte es die Firma im Einverständnis mit dem Betriebsrat fertig, etwa 30 Mann, darunter etliche Familienväter, auf die Straße zu setzen. Wirklich feine Methoden. Die Hälfte wird entlassen und für die andere wird ein Ball gegeben. Ein netter Betriebsrat, der derartige Methoden billigt. Wir wünschen der Belegschaft, daß sie auch in kommender Zeit mit ihrer Firma so gut auskommt und daß auch für die entlassenen Arbeiter mehrere Tausend Steine zur Beseitigung ihres Hungers bereitgestellt werden. Vielleicht sorgt unser Betriebsrat dafür.

Eine Berichtigung

Die Direktion der Krällwitzer Papierfabrik sendet uns folgende Berichtigung und beruft sich dabei auf den § 11 des Preßgesetzes:

„1. Es ist unwahr, daß der am Freitag, dem 14. September, bekanntgegebene Anschlag ohne vorherige Verständigung des Betriebsrates erfolgte, wahr ist vielmehr, daß wir vor der Veröffentlichung des Anschlages die in der Fabrik anwesenden Betriebsratsmitglieder, darunter den stellvertretenden Vorsitzenden des Betriebsrats, davon in Kenntnis gesetzt hatten.

Tatsache ist ferner, daß wir in der Betriebsratssitzung vom 31. August, schon auf die beantragte und bevorstehende Stillegung hingewiesen hatten.

2. Unwahr ist, daß die Direktion einen Vorschlag des Betriebsrats, den Lohn auf die Hälfte zu reduzieren, angenommen hätte.

Wahr ist jedoch, daß der Betriebsratsvorsitzende uns den Vorwurf machte, daß wir nicht rechtzeitig mit dem Vorschlag einer Lohnverminderung an den Betriebsrat herangetreten seien, um dadurch eventuell die Annahme von Aufträgen zu ermöglichen und die Stillegung des Betriebes zu verhindern.

Wahr ist ferner, daß wir diesen Vorschlag als gegen den Tarifvertrag verstoßend, ablehnten und erklärten, daß ein solcher Vorschlag geprüft werden könnte, wenn er von seiten der Arbeiterschaft käme.

3. Es ist unwahr, daß die Direktion erklärte, es seien Aufträge vorhanden.

Wahr ist dagegen, daß am 15. September weder Aufträge, noch Rohmaterialien, noch Geld zur Bestreitung der Löhne für die ganze Belegschaft vorhanden und diese Tatsachen dem Betriebsrat bekannt waren."

*

Unser Gewährsmann wird sich zu dieser „Berichtigung" noch äußern.

Aus Sowjet-Rußland

4000 Kisten russische Gummischuhe für Deutschland

Wie die Wupo von gutunterrichteter Seite erfährt, fand in Petersburg die Verschiffung von 4000 Kisten russischer Gummischuhe nach Deutschland statt. Es handelt sich um Erzeugnisse der bekannten Fabrik „Treugolnik".

Die Exportleistung des Naphtha-Syndikats. Das Ausfuhrprogramm des Naphtha-Syndikats für 1923 beträgt 26 300 000 Pud Petroleum. Gegenwärtig sind verkauft 23 Millionen Pud, von denen 16 Millionen Pud bis heute bereits ausgeführt worden sind. Die Hauptabnehmer sind Deutschland und England.

Ausland

Belagerungszustand in Bulgarien

WTB. **Sofia.**

Die bulgarische Regierung leugnet die sich gegen sie richtende Bewegung der Arbeiter und Bauern. Sie mußte trotzdem bekanntgeben, daß sie nun den Belagerungszustand über ganz Bulgarien erklärt hat.

Die Kämpfe in Bulgarien

Ueber die Entwicklung des Kampfes zwischen Regierung und Kommunistischer Partei nach den Verhaftungen haben wir noch keine vollständigen und genauen Mitteilungen. Die Parteipresse ist, wie bekannt, verboten. Die bürgerliche Presse beschränkt sich auf die Wiedergabe tendenziöser und verhältnismäßig kurzer Berichte. Alle bürgerlichen Zeitungen vom 17. September veröffentlichen eine Erklärung des Innenministers über die Lage im Lande, wonach bei den Verhaftungen, außer in Sofia, „kleine" Zwischenfälle im Lande vorgekommen seien. So z. B. bei Mukowo wurde der Schulze des Dorfes getötet und die Macht von den dortigen Kommunisten und Bauernbündlern erobert. Die von der Regierung geschickten Truppen und Polizisten wurden von den Bauern in der Umgebung des Dorfes mit Feuer empfangen. Das Gefecht hat drei Stunden gedauert. Die Zahl der Kommunisten und Bauernbündler war etwa 100 Mann. Vor neuangekommenen Truppenabteilungen sollen die Revolutionäre sich in die Gebirge zurückgezogen haben.

In Maglisch haben die Kommunisten die Sowjetrepublik proklamiert und die von ihnen ausgegebenen Flugblätter, Ausweise usw. wurden mit einem Sowjetstempel versehen.

In Ichtiman haben Kommunisten bewaffnet den Weg nach den Gebirgen genommen.

Die Erklärung schließt, indem sie einen eintägigen Generalstreik in Sofia erwähnt.

Die serbischen Zeitungen aber („Pravda" und „Vreme" vom 19. d. M.) wissen mitzuteilen, daß in Nordbulgarien um Timowo, Plewen, Drenowo sich Kämpfe entwickelt haben. Auch in Sliven, Stara-Zagenca und südlich von Sofia haben hartnäckige Kämpfe stattgefunden, bei welchen Sliven von den Regierungstruppen umzingelt und genommen wurde.

Aufstand in Serbien

D. **Paris**, 22. September.

Nach einer Meldung der „Times" sollen auch die Arbeiter und Bauern Serbiens sich in einer revolutionären Bewegung befinden. Ihre Kampfparolen seien: Sturz der jetzigen Regierung, Abschaffung der Monarchie, Arbeiter- und Bauern-Regierung.

Die russischen Weißgardisten, die in Serbien leben, sollen bereits gegenrevolutionäre Freikorps gebildet haben.

Auch Polen fürchtet den Umsturz

EB. **Warschau**, 22. September.

Im Zusammenhang mit den Gerüchten über einen geplanten Putsch der Linksparteien gegen die Koalitionsregierung Witos erhält die Hauptstadt Warschau eine regierungssichere Division aus den nationaldemokratischen Truppen, während alle irgendwie verdächtigen Truppen nach den Weißgebieten verschoben werden.

Spaniens Militärdiktatur

EB. **Madrid**, 22. September.

Durch eine Verordnung, die der König am Freitag unterzeichnet hat, sind die Schwurgerichte und die gesamte zivile Gerichtsbarkeit aufgehoben worden, um durch Militärgerichte ersetzt zu werden.

Lernt von Italien

Der Faschismus in Italien

von

Giulio Aquila

2. vermehrte Auflage / 112 S.
Grundpreis . . . . . Mk. 1.20

Verlag Carl Hoym Nachf. Hamburg 8

Zu beziehen durch:
Zentral-Buchhandlung, Halle a. d. S.,
Lerchenfeldstr. 14 und deren Filialen.

271

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230924-14/fragment/page=0003

Aus der Provinz

Rücksichtslose Haussuchungen

Darüber, daß bei der Verhaftung der Streikleitung von Zschornewitz-Golpa die Genossen Müller und Sorgenfrei den Klauen der Häscher von der Schutzpolizei entrinnen konnten, kann man sich in den Kreisen derjenigen, die ein Interesse an den Verhaftungen haben, immer noch nicht beruhigen. Immer wieder wird Haussuchung angeordnet; die bisherigen Mißerfolge lassen die Schutzpolizei immer brutalere Methoden in Anwendung bringen. Einstweilen freilich mit dem gleichen negativen Resultat.

Vor einigen Tagen erschien nachts 3 Uhr in der Wohnung des Genossen Müller in Burgkemnitz ein Kommando von Wittenberger Schutzpolizei mit dem Auftrage der Verhaftung. Trotzdem Frau Müller erklärte, daß ihr Mann nicht zu Hause wäre, wurde die ganze Wohnung durchsucht. Eine Schwägerin unseres Genossen, die besuchsweise in Burgkemnitz sich aufhielt, wurde gezwungen, aus dem Bett aufzustehen. Auf die Frage weshalb, wurde die unglaubliche Antwort erteilt, „man wisse nicht, ob Mann oder Frau im Bett läge". Kurz zuvor waren die Severing-Schergen erneut in der Wohnung des Genossen Sorgenfrei in Zschornewitz erschienen, um Haussuchung zu halten. Die Frau unseres Genossen hat kürzlich eine schwere Unterleibsoperation durchgemacht, steht noch in ärztlicher Behandlung und Pflege. Das eindringende Polizeikommando zwang die leidende Genossin zum Verlassen des Bettes, trotzdem diese auf ihren Zustand aufmerksam gemacht hatte, der auch durch eine von Nachbarn beigebrachte ärztliche Bescheinigung nachgewiesen wurde. Diesmal wurde auch der Bodenraum, auf dem Heu lagerte, durchsucht. Man stach wie wild mit den Seitengewehren in die Haufen hinein; da sich aber keiner getroffen meldete, stieg die Wut der Schutzpolizisten bis zu unerhörten Drohungen gegen den Gesuchten.

Die Sozialdemokraten können wirklich stolz sein auf diese Ergebnisse ihrer Verrätertätigkeit. An den sozialdemokratischen Landrat Stammer sei hiermit die Frage gerichtet, ob er für diese Rücksichtslosigkeiten der gesetzmäßigen Polizei in Orten, für die er als Polizeiverwaltungschef zuständig ist, verantworten will?

Ein Kinderheim der „Roten Hilfe"

Dieser Tage kamen die im Barkenhof (Worpsweede bei Bremen) den Sommer über untergebrachten Kinder, deren Väter erschlagen sind oder in den preußischen Kasematten schmachten, durch Halle. Es war eine Lust, die freudige Schar zu sehen, die sich den Sommer über im Barkenhof sichtlich erholt hatte. Dank den hallischen Genossinnen, die ihren Stolz daran setzten, die durch Halle kommenden Kinder die Nacht über zu beherbergen und zu versplegen, um sie den nächsten Tag ihrer Heimat zuzusenden. Die Errichtung eines solchen Kinderheims war bei der großen Zahl der inhaftierten und erschlagenen Väter der Kinder sehr notwendig, und nur durch das hochherzige Entgegenkommen des Malers Heinrich Vogler, welcher seinen Barkenhof der „Roten Hilfe" zur Verfügung stellte, was dies möglich geworden. Dank auch namentlich den französischen, russischen, schwedischen, englischen und amerikanischen Genossen, die durch Geldsammlungen die weitere Ausstattung des Kinderheimes ermöglichten. Am 1. Juli 1923 wurde das Kinderheim eröffnet und eingeweiht; es berechtigt zu den besten Hoffnungen. Der Plan der „Roten Hilfe" geht nun dahin, die Arbeitsschule auf dem Barkenhof auszubauen und Kindern von erschlagenen Genossen, wo die Mutter dem Vater unter die Erde gefolgt ist und die Kinder nun als Waisen in der Welt dastehen, einen dauernden Aufenthalt, gute Erziehung und Pflege angedeihen zu lassen. Aber auch an die deutschen Genossen ergeht der Mahnruf, mit Sammlungen für diese Kinderheime nicht untätig zu sein, damit der Plan der „Roten Hilfe" auch in Erfüllung gehen kann.

Einschränkungen im Personenverkehr

Die Reichsbahndirektion Halle teilt mit:

Zur Streckung der Kohlenvorräte fallen vom 1. Oktober 1923 an folgende Züge bis auf weiteres aus:

Die D-Züge Nr. 5 (Frankfurt-Main-)Halle—Berlin, Nr. 6 Berlin—Halle(Frankfurt-Main), Nr. 70 Berlin—Halle(—München), Nr. 71 (München.)—Halle—Berlin, Nr. 24 Berlin—Leipzig(—München.), Nr. 25 (München.)—Leipzig—Berlin, Nr. 107 (Duisburg—)Weißenfels—Leipzig, Nr. 198 Leipzig—Weißenfels(—Duisburg), die Personenzüge Nr. 169 (Nürnberg—)Zeitz—Leipzig, Nr. 170 Leipzig—Zeitz(—Nürnberg), Nr. 479 (Hamburg—)Zerbst—Leipzig, Nr. 480 Leipzig—Zerbst(—Hamburg), Nr. 161 Leipzig—Dessau—Kohlau(—Berlin Stadtb.), Nr. 162 (Berlin Stadtb.—)Dessau—Bitterfeld, Wiesenburg—Leipzig, die D-Züge Nr. 135 (Hannover—)Halle—Leipzig, Nr. 136 Leipzig—Halle(—Hannover), Nr. 189 (Hagen—)Halle—Leipzig, Nr. 190 Leipzig—Halle(—Hagen), die Personenzüge Nr. 673 Hoyerswerda—Kohlfurt, Nr. 678 Kohlfurt—Hoyerswerda, Nr. 67 (Dresden—)Elsterwerda—Berlin, Nr. 68 Berlin—Elsterwerda(—Dresden), Nr. 313 W Elsterwerda—Berlin, Nr. 318 (Zug Nr. 314 verkehrt, solange 318 ausfällt, täglich) Berlin—Elsterwerda, Nr. 2711 Petershain—Hoyerswerda, Nr. 2718 Hoyerswerda—Petershain, Nr. 2712 (Bautzen—)Königswartha—Hoyerswerda, Nr. 2719 Hoyerswerda—Königswartha(—Bautzen).

Holzweißig. Aus der Partei. Dienstag abend 8 Uhr findet im Jugendheim (alte Schule) eine Mitgliederversammlung statt. Anläßlich der Werbewoche ist es Pflicht jedes Mitgliedes, unbedingt zu erscheinen. Auch mit uns Sympathisierende haben Zutritt. Versäume also niemand die Versammlung!

Bitterfeld. Wie die Arbeiter geschurigelt werden, zeigt auch folgender Fall: Auf dem Bitterfelder Bahnhof trifft alle Morgen ¼4 Uhr ein Zug aus Jüterbogk ein, mit dem die Arbeiter eintreffen müssen, da die Arbeit auf der Grube Leopold bereits um 6 Uhr beginnt. In der Zeit bis zum Arbeitsbeginn haben sich die Arbeiter bisher immer im Wartesaal des Bahnhofs aufgehalten, da ihnen ein anderer Unterkunftsraum nicht zur Verfügung steht. Da erschien vor einigen Tagen frühmorgens plötzlich die Schupo und wies sämtliche anwesenden Arbeiter, die sich, was besonders betont werden muß, im Besitz von Fahrkarten befanden, aus dem Wartesaal hinaus. Ein Arbeiter, der auf dem Standpunkt fand, daß er dann lieber mit dem nächsten Zuge nach Hause fahren wolle, bevor er sich hinauswiesen lasse, wurde wegen „Hausfriedensbruchs" von der Schupo nach der Wache auf dem Markt gebracht. Dort sollte er zunächst festgehalten werden, bis geklärt sei, ob er auf Grube Leopold beschäftigt ist. Erst, als der Arbeiter seine Taschenuhr zum Pfande in den Händen der Polizei ließ, ließ man ihn los. Der Vorfall ist geradezu empörend. Wo sollen denn die Arbeiter früh von ¾4 bis 6 Uhr sich aufhalten? Sollen sie etwa bei Wind und Wetter im Freien kampieren? Wer hat die sinnlose Ausweisung angeordnet, Herr Schleich? Der Bahnhof ist doch hier nachts nicht geschlossen. Weshalb nun dieses Vorgehen? Sollen denn die Arbeiter partout provoziert werden? Man schaffe einen Unterkunftsraum, dann brauchen sich die Arbeiter nicht in den Bahnhof zu setzen.

Wolsen. Ein ungestörter Ort für Stahlhelm, Hakenkreuzler, Wehrwolf und dergleichen Vaterlandsfreunde scheint der Aga-Gasthof zu sein. Da die Raumverhältnisse des hiesigen Bahnhofes sich als viel zu klein erwesen, um den Wehlfeschichtern, besonders abends, Unterkunft zu gewähren, so ist ein großer Teil gezwungen, den Aga-Gasthof bis zur Abfahrt des Zuges zu benutzen. Dieses gibt natürlich den Stahlhelmjünglingen die beste Gelegenheit, ihre Propaganda in ausgiebigster Weise zu handhaben. Daß die Anpöbelei anständiger Gäste durch diese Gesellschaft nicht fehlen darf, versteht sich von selbst. Wer da nicht das Erhardtlied mitsingt, dem könnte es sehr leicht übel ergehen. Die Wolsener Arbeiterschaft scheint noch wenig Interesse für dieses Gesindel an den Tag gelegt zu haben, sonst könnten es sich diese Helden, wie besonders einige Herren Doktorchen sowie einige abgetakelte Offiziere, nicht herausnehmen, öffentlich im Lokal anti-republikanische Reden zu halten. Es wäre denn besser auf den Weg zu gehen, sich um das Wohl ihrer Arbeiter zu bekümmern, dieses wäre zweckdienlicher. Auch möchten wir der Leitung des Gasthofes mit auf den Weg gehen, andere Gäste genau so zu behandeln wie diese Gesellschaft. Arbeiter von Wolsen: Augen auf! Habt acht, was in diesem Lokal getrieben wird. Laßt Euch nicht von diesen Helden auf der Nase herum tanzen.

Delitzsch. Preise für Markenmehl und -brot. Mit Wirkung von Montag, den 24. September 1923, treten folgende Mehl- und Brotpreise in Kraft: Für 100 Kg. 85prozentiges Mischmehl 175 000 000 Mk., für 1 Pfd. 85prozentiges Mischmehl 1 010 000 Mark, für 1 Pfd. Schwarzbrot 1 103 000 Mk., für 1900 Gramm Schwarzbrot 4 200 000 Mk. § 14 der Anordnung vom 10. August 1922 ändert sich entsprechend.

Wegeleben. Auflösung der USPD. Der einstmals so stolze Sozialdemokratische Wahlverein in unserem Orte ist durch die arbeiterschädliche Koalitionspolitik der Führer gänzlich zusammengebrochen. Von der zirka 300 Mitglieder zählenden Ortsgruppe sind zehn Mitglieder übriggeblieben, und das sind die Stadtverordneten. Die ehemaligen Mitglieder dürfen sich nun aber nicht aus Verärgerung in den Schmollwinkel zurückziehen und indifferent werden, sondern müssen eintreten in die Kommunistische Partei und kämpfen dafür, daß die schweren Fehler der USPD. wieder gutgemacht werden und die Arbeiterschaft endlich den Sieg erkämpft.

Vom Tage

Der schießwütige Junker Kaehne verurteilt. Vor dem Schöffengericht in Werder wurde der im Mai vertagte Prozeß gegen Herrn von Kaehne jr. verhandelt. Der junge v. Kaehne war angeklagt, einen beim Holzdiebstahl ertappten Arbeiter Lucas aus Glindow schwer mißhandelt und dessen Frau mit Schießen bedroht zu haben. Außerdem hatte er den Führer einer Wandervogelgruppe, einen Bankbeamten Torgeler, beschimpft und mißhandelt. Er wurde wegen Körperverletzung in zwei Fällen, wegen Nötigung und Nötigungsversuchs und wegen verbotenen Waffentragens zu 9 Monaten Gefängnis und 600 000 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Der Ozeanflug des neuen Zeppelin-Kreuzers. Nach einer Meldung des „Newyorker Herald" aus Washington bereitet das Marinedepartement die Ueberführung des Zeppelin „Z. R. 3" von Friedrichshafen nach Lakehurst (New-Jersey) vor. Es ist beabsichtigt, den Flug über Frankreich, die Azoren und die Bermudas vorzunehmen, und von dort nach Lakehurst zu steuern. Die Gesamtentfernung beträgt 4500 Meilen. Auf dem ganzen Wege werden Schiffe der amerikanischen Kriegsmarine Wache halten für den Fall, daß ein Unfall eintritt.

Die Schäden und Opfer des Erdbebens in Japan. Die japanische Botschaft in Paris teilt mit, daß beim Erdbeben in Japan in Tokio 298 455 Häuser abgebrannt und 36 155 Häuser auf andere Weise zerstört worden seien. Die Zahl der Toten in Tokio beläufe sich auf 72 600. Von den ansteckenden Krankheiten werden 201 Ruhrfälle und 49 Typhusfälle verzeichnet.

Henkerjustiz in Madrid. Das Pariser „Journal" erfährt aus Madrid, daß die drei „Banditen", die auf eine Bank einen Anschlag (?) verübten und während ihrer Verfolgung ein Mitglied der Somaten töteten, von dem Kriegsgericht in Barcelona zum Tode verurteilt wurden.

Unsere Trägerinnen kassieren die 4. Septemberrate (15 Mill. Mk.), auch kann die 1. Oktoberrate (25 Mill. Mk.) gleich mit gezahlt werden.

Heute und morgen:
Ermäßigte Preise
in unseren beiden Theatern
C.-T.-Lichtspiele a. Riebeckplatz
C.-T.-Lichtspiele Gr. Ulrichstr. 51
Infolge starker Ueberfüllung bitten wir, die erste Nachmittags-4-Uhr-Vorstellung zu besuchen.

Baugewerkschaft Halle.
Mittwoch, den 26. September, abends 7½ Uhr, im „Volkspark" (Restaurationssaal):
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Scheibel vom Bundesvorstand. 3994
2. Gewerkschaftliches.
Es ist dringende Pflicht unserer Mitglieder, zu erscheinen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Modezeitungen empfehlen die Volksbuchhandlungen

3 Könige.
Neues Programm.
Dienstag: Der beliebte Tanzabend mit [3996 Kabarett-Einlage.

Stadt-Theater
Montag, abends 7½ Uhr: Alles um Liebe.
Dienstag, 3997 abends 7½ Uhr: Die Nibelungen.

Abonniert den „Kommunistischen Gewerkschafter".

U.T. Leipziger Straße 88.
Offi Oswalda
in dem Lustspiel
Die Austernprinzessin.
Viola Dana
in dem Drama
Die Rache der Tänzerin.
Beginn 4 Uhr.

W.T. 3999 Walhalla-Lichtspiel-Theater.
Der unbeschreibliche Erfolg in den 3 Ufa-Theatern.
FI-FA-FI-FA-FI-FA-FI-FA-FI-FA
FIX und FAX
Das Interesse für die nebenstehend abgebildet, urkomisch, amerikanisch, Meister-Artisten wächst von Tag zu Tag. Spontane Lachsalven durchbrausen ohne Unterbrechung das Theater und gestalten die Vorführung der staunenerregenden Sensationsgrotesken zu einem freudigen Erlebnis.
Jugendliche zur ersten Vorstellung 4 Uhr:
— Kleine Preise. —
Beginn 4 Uhr.

U.T. Alte Promenade 1 a.
Henny Porten
in dem Drama
Das Maskenfest des Lebens.
Eine versunkene Welt.
5 Akte nach dem Roman „Serpolette" von Ludwig Biro.
Beginn 4 Uhr.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1471. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Büro: Sämtliche Bezirks-Sekretäre. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle

Betriebszellenvorstände. Mittwoch, 26. September, abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": Wichtige Sitzung. Jede Zelle muß vertreten sein.

KPD.-Genossen des Metallverbandes. Mittwoch, 26. September, abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": Wichtige Versammlung. Referent anwesend.

Fraktion der Holzarbeiter. Freitag, 28. September, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": Wichtige Sitzung. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, zu dieser Sitzung zu erscheinen. Sympathisierende sind mitzubringen.

Bezirks-Frauenversammlungen finden Mittwoch, 26. September, abends 8 Uhr, in den Ortsbezirken statt:
„Volkspark": Distrikte 16, 17, 18, 19 und 20.
Schnabels Restaurant: Distrikte 8, 9, 9a und 10.
Thale, Berliner Straße: Distrikte 11, 12, 13, 13a und 22.
„Goldene Kette": Distrikte 1, 2, 3, 4, 14 und 15.
„Produktiv-Genossenschaft": Distrikte 5, 6, 7, 7a und 21.
Wir ersuchen die Zehnerschaftsführer, rege Propaganda für diese Frauenversammlungen zu entfalten.

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27 (Volkspark), geöffnet Dienstags und Donnerstags, abends 6 bis 8 Uhr. Bücherverzeichnisse jederzeit zu haben: Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

Halle-Saalkreis

Ammendorf. Montag, 24. Sept., abends 8 Uhr, im „Eisertal": Funktionärsitzung.

Kreis Bitterfeld

Betriebsräte des Industriebezirks Bitterfeld. Mittwoch, 26. September, nachmittags 5 Uhr, im Restaurant „Fürst Bismarck": Betriebsräte-Vollversammlung.

Holzweißig. Dienstag, 25. September, abends 8 Uhr, im Jugendheim: Mitgliederversammlung. Um 7 Uhr haben alle Funktionäre zu erscheinen.

Kreis Zeitz

Zeitz. Dienstag, 25. September, abends 7 Uhr, im Gasthof „Herberge": Frauenversammlung.

Kreis Sangerhausen

Oberröblingen a. S. Dienstag, den 25. September, bei Genossen Riese: Funktionärsitzung. Die Zehnerschaftsführer haben zwei Genossen zu bestimmen, die an dieser Sitzung teilnehmen. Gleichzeitig Material empfangen für die Werbewoche.

Bezirks-Zentral-Buchhandlung
Telephon 2251. Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Telephon 2251.
Filialen: Halle a. d. S. Harz 42/44. Tel. 2251. Merseburg, Markt 7. Eisleben, Breiter Weg 8. Zeitz, Liebknechtstr. 4. Weißenfels, Dammstr. 18. Wittenberg, Juristenstraße 11. Bitterfeld, Burgstr. 41. Bockwitz, Volkshaus.
Postscheckkonto: Leipzig 108849 (Fritz Krohn, Halle).
Magdeburg: Buchladen Tribüne, Magdeburg, Jakobstr. 4.
Schlüsselzahlen: Bis: 10 000 000; B.-W. 35 000 000.

Partei-Literatur. Neu erschienen:
Arbeiter-Wandkalender 1924 . . . . . 3,00 M.
Die Kommunistische Partei — die eiserne Kohorte der Revolution . —,30 M.
Parteitags-Protokoll Leipzig 1923 . . . . . kt. 3,50, gbd. 4,50 M.
Protokoll des IV. Weltkongresses 1923 . . . . . 4,50 M.
Schlagetot: Eine Auseinandersetzung . . . . . —,25 M.
Elementarbücher des Kommunismus:
Marx, Engels: Kommunistisches Manifest . . . . . —,90 M.
Marx: Lohn, Preis und Profit . . . . . —,90 M.
Lassalle: Verfassungsfragen . . . . . 1,— M.
Gerling: Marxismus und Sozialisierungstheorie . kt. 2,— gebd. 3,— M.
Sowjetstern oder Hakenkreuz? . . . . . —,30 M.
§ 218. Unter der Peitsche des Abtreibungsparagraphen . . . . . —,30 M.
Nesnkoff: Die Lage des russischen Arbeiters . . . . . —,30 M.
Radek: Kampf der KI gegen Versailles . . . . . —,60 M.
Lapinski: Die Besetzung des Ruhrgebiets u. der Zerfall Europas —,60 M.
Losowski: Die nächsten Aufgaben der Roten Gewerkschafts-Internationale . . . . . —,30 M.
Tomski: Der gegenwärtige Stand der Gewerkschaftsbewegung in Rußland . . . . . —,20 M.
Nischkanoff: Kampf und Sieg der russischen See- und Binnenschiffer 1,20 M.
Rote Gewerkschafts-Internationale 19/3, Nr. 5/6 . . . . . 3,— M.
Kommunistische Internationale, Nr. 27 . . . . . 2,— M.

Zeitschriften:
Das Hakenkreuz Nr. 2 . . . . . 300 000,00
Sichel und Hammer Nr. 11 . . . . . 2 000 000,00
Kommunistischer Gewerkschafter Nr. 18 . . . . . 200 000,00
Kommunist Nr. 18 . . . . . 300 000,00
Internationale Nr. 17 . . . . . 3 000 000,00
Junge Garde Nr. 2 . . . . . 1 000 000,00
Proletarier Nr. 11 . . . . . 600 000,00

Andere Literatur:
Guilbeaux, Lenin billige Ausgabe 2,60 M.
„ „ kartoniert, bessere Ausgabe 3,60 M.
„ „ gebunden, bessere Ausgabe 5,— M.
Kropotkin: Ethik . . . . . 2,50 M.
Hilferding: Finanzkapital . . . . . 15,00 M.

„Kampfliederbücher" zurzeit vergriffen.

Sowjetsterne, kleine 15 000 Mk.,
Bronzebroschen 18 000 Mk.,
K33.-Abzeichen 21 000 Mk.
Nur gegen Voreinsendung oder unter Nachnahme.

Die Rechnungen müssen zur gegebenen Frist bezahlt sein, weil sonst unsere Parteibuchhandlung schwer geschädigt wird. Sie muß sonst die Rechnungen auf Grund der Schlüsselzahlen erhöhen.

Burghardt & Becher
Halle a. d. S., Leipziger Straße 10. 266
Emaille, Glas, Porzellan und Steingut.

Gemeinde- u. Staatsarbeiter-Verband
Mittwoch, den 26. Septbr., abends 7½ Uhr, im „Brunnerts Hofjäger":
Wichtige Funktionärsitzung
Pünktliches und vollzähliges Erscheinen aller Funktionäre unbedingt erforderlich.

Ich zahlte am Sonntag für Kanarienhähne 150 Millionen Weibchen 8 Millionen und erhöhe meine Preise weiter für Kanarienhähne auf 160 Millionen für Weibchen auf 10 Millionen.
Fritz Tischler, Breitestraße 20

Von heute nachmittag 3 Uhr an steht ein frischer Transport hannov.
Ferkel, Läufer- u. Futterschweine
in größter Auswahl billig zum Verkauf. Nehme auch Getreide und Kartoffeln mit in Zahlung 3993
H. Richter,
Trotthaer Str. 80. Telephon 3752.

Stadthauptkasse jeden Dienstag geschlossen.
*507 Magistrat Delitzsch.

Ansichtspostkarten empfehlen die Volksbuchhandlungen

Werbt für den „Klassenkampf"

Arbeitsmarkt

Zeitungsträgerinnen
für Bruckdorf, Kanena und Muldenstein zum 1. Oktober gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich für Bruckdorf beim Genossen A. Teucher in Bruckdorf, Ottostr. 2, für Kanena beim Genossen Herm. Bürger in Kanena, Wiesenstr. 11, und für Muldenstein beim Genossen Eckstein in Muldenstein melden.

Zeitungsträgerin
für Brachwitz gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich beim Genossen Paul Matties Lagerhalter, melden.

Zeitungsträgerin
für Holzweißig sofort gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich melden beim Genossen Fr. Gregorz, Chausseestr. 32, L.

Bekanntmachung.

Für das Rechnungshalbjahr 1. 10. 1923 bis 31. 3. 1924 hat der Halter eines Hundes eine Steuer von 3 600 000 Mark und für jeden weiteren Hund eine solche von 6 000 000 Mark zu entrichten.

Die Zwingersteuer beträgt für 3 Hunde 7 100 000 Mk. und für jeden weiteren Hund 1 200 000 Mk. mehr.

Für eine Ersatz-Hundemarke sind 250 000 Mk. zu zahlen.

Halle, den 18. September 1923.

3995 Der Magistrat.

Mehring, Karl Marx.
Die beste Marx-Biographie
Grundpreis 5,— mal Schlüsselzahl des B.-W.
Zu beziehen durch: Bezirks-Zentral-Buchhandlung, Lerchenfeldstr. 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230924-14/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 24. September 1923.

Sagt doch die Wahrheit

In der letzten Zeit ist eine Tatsache auffällig in Erscheinung getreten: die bürgerliche Presse, die im Solde des kapitalistischen Unternehmertums steht, betreibt eine erhöhte Hetzkampagne gegen Sowjet-Rußland und die Kommunisten. Kein Tag vergeht, wo nicht ein Provinzblättchen einen Angstartikel gegen „Moskau" verzapft, der bewirken soll, den Klein- und Spießbürgern vor der kommenden proletarischen Diktatur graulich zu machen. Der steigende Einfluß, den die Deutsche Kommunistische Partei bei den Arbeitern, Angestellten, Beamten und Kleinbürgern ausübt, gibt der herrschenden Gesellschaft zu denken.

Weil die Mehrheit des deutschen Volkes immer mehr Zutrauen zur KPD. gewinnt, weil, angesichts der Tatsache, daß auch die Koalitionsregierung als letzter Versuch, nicht in der Lage ist, die Verhältnisse zu meistern ohne die kapitalistischen Würgeengel zu beseitigen, deshalb strömen große Massen zur Kommunistischen Partei und erwarten von ihr, geführt zu werden. In den naivsten Wurstblättchen der Provinz, die zwar am Kopfe großspurig „Politische Tageszeitung" aufgedruckt haben, werden jetzt im Strudel der politischen Hetzkampagne gegen die Kommunisten Leitartikel verfaßt, in denen alles mögliche geschrieben wird, nur nichts über die realen Tatsachen, mit denen heute Deutschland zu kämpfen hat.

Sie will nicht nur die Sympathie der Millionen haben, sie will auch aktive Helfer für ihre Parteiarbeit werben.

Darum wird es Aufgabe aller Arbeiter, Angestellten und Beamten sein, die uns entgegengebrachte Sympathie dadurch zu bekunden, daß sie sich mit einreihen in die Armee, die den Sieg des deutschen Volkes erkämpfen soll. Die bürgerliche Presse, die so oft die „Wahrheit" sagt, so oft Stinnes Geld liefert, ist noch in vielen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenwohnungen. Gerade das Kleinbürgertum kann sich noch nicht trennen von den örtlichen Käseblättchen, die gern an das Gefühl sentimentaler Menschen appellieren und dabei den größten Unsinn ihren Lesern vorsetzen.

Selbstverständlich zu sich muß das deutsche Volk gewinnen, muß jeder haben, der für eine bessere Zukunft kreist und kämpfen will.

Dazu gehört das Lesen der kommunistischen Tagespresse.

Hunderte bleiben täglich vor unseren Zeitungsständen stehen und lesen, nicht nur um zu lesen, sondern um die Wahrheit zu erfahren. Alle sind überzeugt, daß die bürgerliche Presse lügt. Sie sehen es beim Vergleich der bürgerlichen Zeitungsartikel mit dem wirklichen Leben.

Es fehlt aber nur der entscheidende Moment, die kommunistische Zeitung, **den „Klassenkampf" zu abonnieren.** Benutzen wir also die Werbewoche dazu, **neue Scharen der Partei und neue Abonnenten dem „Klassenkampf" zuzuführen.** Die Angst des feisten Kapitalisten wird begründet dann durch die Tatsache, daß die Kommunistische Partei Führerin im Befreiungskampfe des deutschen Volkes wird.

Die KPD. entfaltet in dieser Woche eine intensive Werbetätigkeit.

Aber was besagt der jetzt plötzlich verstärkt einsetzende Kampf gegen die Kommunisten? Die bürgerliche Regierung Stresemann-Hilferding ist die letzte Regierung auf parlamentarischer Grundlage. „Nach ihr die Sündflut" heulmeiert der aufgeblasene Spießer. Für die Arbeiterschaft, sowie für die proletarisierten Schichten des Mittelstandes steht die Frage anders. In kurzem kann vor die Arbeiterklasse die Aufgabe treten, die Macht zu übernehmen. Das heute die KPD. Führerin breiter Volksmassen in Deutschland ist, wissen bürgerliche und sozialdemokratische Politiker. Und sie wissen auch, daß, wenn die Arbeiterklasse die Zügel der Macht heute in die Hand nimmt, daß dann die Herrlichkeit des kapitalistischen Parasitenlebens vorüber ist, **wenn die Arbeiterklasse unter Führung der KPD. die Macht ergreift.**

Davor wird freilich der jetzt herrschenden Klasse angst und bange. Diese Angst will die herrschende Klasse verdecken durch blöde Hetze, lächerliche Märchen, die dem Volke in der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse aufgetischt werden.

Die Zersetzung in der VSPD.

Das Ortsgrüppchen Halle der VSPD. hat am Donnerstagabend in einer Mitgliederversammlung die Diskussion über den offenen Uebertritt der VSPD.-Führer in das Lager der Arbeiterfeinde, in die Koalition mit Stinnes, „abgeschlossen", d. h. es wurde in der fortgesetzten Aussprache in der zweiten Versammlung ein Schlußantrag angenommen und damit die Diskussion über die sozialdemokratische Bankrottpolitik beendet.

Das hallesche „Volksblättchen" berichtet die ganze Aussprache mit 53 Zeilen und führt dabei auch die Redner an, die zu der Frage gesprochen haben. Nach diesem Bericht, der selbstverständlich nichts mehr sagt, als die Oeffentlichkeit erfahren darf, muß es außerst heftig hergegangen sein; denn in der langen Zeit von 8 bis nach 12 Uhr haben nur vier Diskussionsredner zur Sache selbst gesprochen, darunter ein Arbeiter (der Drehermeister Vetter). Die anderen Diskussionsredner waren Parteiangestellte (Kasparet, Maentig und Drescher). Im übrigen aber stand die persönliche Aussprache im Vordergrund. Das „Volksblättchen" schreibt darüber, daß nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen die gutbesuchte Versammlung kurz nach 12 Uhr geschlossen wurde. Besonders heftig und unversöhnlich waren diese „persönlichen Bemerkungen", als die Parteischieber sich über die eingegangenen Resolutionen nicht einig werden konnten. Es wurde schließlich so lange geschoben, bis die beiden Resolutionen, die sich mit dem Bezirkspartaitag beschäftigten, der bekanntlich mit großer Mehrheit die Große Koalition abgelehnt hat, zurückgezogen wurden.

Das ist eine weitere Bestätigung dafür, daß auch in Halle die Mitglieder gegen die Politik ihrer Führer Sturm laufen. Die Parteiangestellten aber haben damit die Situation nicht gerettet und auch die Stellung ihrer Führer in der Großen Koalition nicht gestärkt.

Streik der Musiker im Café Zorn

Die Musiker des Cafés Zorn sind gestern abend in den Streik getreten. Kurz nach 9 Uhr gaben sie einen Tusch, worauf der erste Geiger dem Publikum mitteilte, daß auch sie Menschen seien und wenigstens so viel verdienen müßten, um nicht zu verhungern. Sie bekämen jetzt 15 bis 20 Millionen täglich. Mit diesem Gelde könne heute kein Mensch auskommen. Dem Inhaber Zorn seien ultimative Forderungen gestellt worden. Da er sie noch nicht beantwortet habe, würden sie jetzt die Musik einstellen. Die Musiker packten dann die Instrumente ein und verließen das Lokal. Mit ihnen gingen auch eine Anzahl Gäste.

„Gar lustig ist die Jägerei"

Am Freitag nachmittag vergnügten sich einige Herren, die nichts weiter zu tun haben und andere für sich arbeiten lassen, mit der Jagd. In der Nähe der Chemischen Fabrik Buckau, Ammendorf, kurz vor der Ueberführung über die Eisenbahngleise stand ein 16jähriger junger Mann, der über die Brücke gehen wollte. Als ein Jäger (es war der Gutsbesitzer Arnecke vom Beesener Gut) den jungen Mann erblickte, schrie er diesen an: **„Du Hund, ich schieß Dich über den Haufen!** Im selben Augenblick krachten auch schon zwei Schüsse, die den jungen Mann am Ohr und an der Backe verletzten. Wir sind neugierig, ob der Staatsanwalt diesen schießwütigen Gutsbesitzer dort hinbringen läßt, wo er nicht mehr gefährlich werden kann.

Aus der Frauenbewegung

Bezirks-Frauenversammlungen

finden am Mittwoch, dem 26. September, abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen statt:

Volkspark: Distrikte 16, 17, 18, 19, 20.
Schnabels Restaurant: Distrikte 8, 9, 9a und 10.
Thate, Berliner Straße: Distrikte 11, 12, 13, 13a und 22.
Goldene Kette: Distrikte 1, 2, 3, 4, 14 und 15.
Produktiv-Genossenschaft: Distrikte 5, 6, 7, 7a und 21.

Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, rege Propaganda für diese Frauenversammlungen zu entfalten.

Die

politische Wichtigkeit der Werbewoche kann allen Genossen nicht eindringlich genug klargemacht werden. Die größten Erfolge in bezug auf Gewinnung neuer Abonnenten können bei planmäßiger, unermüdlicher Arbeit durch die

Betriebszelle

erzielt werden. In einer Zellensitzung muß ein genauer Plan ausgearbeitet werden. Listen aller Arbeitskollegen, die bearbeitet werden sollen, müssen angefertigt werden. Jeder Genosse erhält die Verpflichtung, an bestimmte Arbeiter mit der Abonnementsaufforderung heranzutreten. Zu diesem Zwecke muß jeder Genosse seine Zeitung mit in den Betrieb nehmen und den Arbeitern geben. Dann wird über den Inhalt der Zeitung diskutiert. Jeder Kommunist merke sich: Die Beharrlichkeit

macht

den Erfolg! Die Tätigkeit jedes einzelnen Parteimitgliedes muß von der Zellenleitung kontrolliert werden. Täglich muß der einzelne Genosse dem für die Werbearbeit verantwortlichen Genossen mitteilen, wie er seine Arbeit durchgeführt hat. Genossen! Ihr müßt im Bezirk Halle-Merseburg noch viele tausend Abonnenten gewinnen! Setzt Eure ganze Energie ein. Es gilt, die Organisierung der großen Volksmassen,

die

wir zur Durchführung unserer historischen Aufgabe notwendig haben! Sorgt dafür, daß in dieser Werbekampagne Halle-Merseburg an der Spitze aller Parteibezirke steht! Denkt daran, daß mit jedem neuen Leser ein neuer Kämpfer für die Arbeiter- und Bauernregierung gewonnen wird, ein neuer Kämpfer für die

Revolution!

Die neuen Löhne im Baugewerbe.

In der Versammlung am Donnerstag wurde der Beschluß über Abführung der fünf Doppelbeiträge, der in letzter Versammlung gefaßt worden war, revidiert und folgendes beschlossen: Die Mitglieder des Baugewerksbundes, Baugewerkschaft Halle, sind verpflichtet, die vom Bundesvorstand uns vom Beirat festgesetzten Doppelbeiträge zu zahlen, damit keine Zersplitterung eintritt. Es wurde dann der Verhandlungsgang der Lohnmacherei vorgetragen und folgender Schiedsspruch des Bezirkslohnamtes bekanntgegeben:

„Das Bezirkslohnamt für das Baugewerbe fällte am 20. September folgenden Schiedsspruch:

1. Das Zusatzabkommen zum Reichstarifvertrag vom 9. August 1923 besteht ohne Zweifel zwischen den Parteien zu Recht.

2. Der Grundlohn beträgt in der Zeit vom 15. bis 28. September 4 200 000 Mk. in der Spitze. Für die Verteilung auf die Ortsklassen und Lohngruppen sind die bisherigen Bestimmungen maßgebend.

3. Als Ausgleich, für die den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht entsprechende Entlohnung in der Zeit vom 8. bis 14. September ist der Betrag von 1 250 000 Mk. für die Stunde für die Arbeitswoche vom 15. bis 21. September allen Arbeitern zu zahlen.

4. Der sich ergebende Stundenlohn ist auf volle tausend Mark nach unten abzurunden.

5. Die Parteien haben sich dem Spruche unterworfen. Diese Löhne werden an dem nächsten Zahltage entsprechend dem Zusatzabkommen gezahlt."

Die Baudelegierten können sich die Lohnerrechnung im Bureau abschreiben, auch gleichzeitig den Grundlohn für die nächste Woche.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Union der Hand- und Kopfarbeiter, Industriegruppe Baugewerbe. Am Dienstagabend 7 Uhr findet im Bureau, Lerchenfeldstraße 14, eine wichtige Funktionärsitzung der Gruppe Baugewerbe statt. Erscheinen aller Funktionäre ist Pflicht. Ein Vertreter des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter ist anwesend.

Holzarbeiterverband. Dienstag, den 25. September, abends 5/8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft", Funktionärsitzung. Alle Beitragskassierer, Betriebsobleute, Betriebsräte und Sektionsleitungen müssen erscheinen.

Metallerbörse, Gruppe Bau. Am Mittwoch, dem 26. September, abends 7 Uhr, Versammlung im „Volkspark".

Gewerkschaftskartell. Am Donnerstag, dem 27. September, abends 7½ Uhr, Versammlung im „Volkspark". Die Kassierer der Gewerkschaften werden dringend ersucht, die fälligen Beiträge für das Gewerkschaftskartell unverzüglich abzuliefern, da es dem Kartell sonst unmöglich ist, den Verpflichtungen nachzukommen.

* **Achtung, Gemaßregelte!** Die Auszahlung der Unterstützungen für Gemaßregelte erfolgt am Mittwochvormittag von 10 bis 12 Uhr in der „Produktiv-Genossenschaft". **Nachzahlungen finden auf keinen Fall statt!**

Theater und Konzerte

Volkspart-Varieté. Programmwechsel. Die Komiker und Humoristen warten mit neuen Vorträgen auf. Vor allen Dingen ist die tolle Burleske „Dienstmann Nr. 14" mit dem Komiker Max Baumann in der Hauptrolle zu erwähnen. Wirklich staunenswert sind die Leistungen des Schlangenmenschen Monte Christo. Farmer Frank, ein Meisterschütze, wie man ihn nur in ganz großen Varietés sehen kann. Unglaubliches vollbringt der Telepath und Hellseher Lewpini. Es ist nicht möglich, hier alle Attraktionen des Programms aufzuführen. Das Programm beginnt pünktlich 3/8 Uhr. Sonntag nachmittag 3 Uhr Vorstellung zu ermäßigten Preisen.

Stadttheater. Heute, Montag, und Donnerstag, abends 7½ Uhr, „Alles um Liebe", Komödie von Herbert Eulenberg, Dienstag „Die Nibelungen (1. und 2. Abteilung) von Hebbel, Freitag „Lumpenkasper", Sonnabend, den 29. September, „Nina", Sonntag, den 30. September, geht die Operette „Zigeunerliebe" von Lehar zum ersten Male in Szene. Mittwoch, abends 7½ Uhr, „Der Freischütz".

Volksbühne. Sinfoniekonzert. Am Montag, dem 1. Oktober, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" das erste Sinfoniekonzert der Volksbühne, ausgeführt vom Stadttheaterorchester unter Leitung von Kapellmeister Braun, statt. Als Solist wirkt Herr Fritz Berghof vom Stadttheater mit. Nach Beethovens Sinfonie Nr. 7 kommt Weber und Mozart zu Gehör. Karten von Montag an in der Geschäftsstelle. Die Wiederholung von Wildgans „Armut" findet am Mittwoch, dem 3. Oktober, 1/8 Uhr abends, im Thalia statt. Der Kartenverkauf beginnt am Mittwoch, dem 26. September, von 6 bis 7 Uhr abends in der Geschäftsstelle und wird an den folgenden Tagen von 9 bis 1 Uhr und von 3 bis 5 Uhr fortgesetzt. Spielfolge: „Alles um Liebe" Montag (5) und Donnerstag (3); „Der Freischütz" Mittwoch (8).

Filmnachrichten

C. T., Große Ulrichstraße. Der dritte Teil des Stanley-Films führt die Expedition weiter ins Innere Afrikas. Er zeigt die Kämpfe, die die einzelnen Sklavenhändler unter sich und gegen die Stanley-Expedition führen. Neben Urwaldbildern dürfen natürlich in einem amerikanischen Film Gefahren, die die Hauptdarsteller bestehen, nicht fehlen und so findet denn ein regelrechter Ringkampf zwischen Mensch und Löwe statt. „Harry und sein Doppelgänger" setzen die Lachmuskeln der Besucher in Bewegung.

C. T., Riebeckplatz. Der Film „Adam und Eva" behandelt nicht etwa die Geschichte des ersten Menschenpaares sondern die etwaige Tragödie einer Ehe. Der Mann hat Liebe zu einer anderen Frau, bis er dann nach vielerlei Irrungen in das „Paradies der ersten Ehe" zurückkehrt. „Das Gewitter" ist einer jener Schwänke, die die geistige Unproduktivität der bürgerlichen Klasse dokumentieren. Immerhin, gelacht wird auch über diesen Schwank.

U. T., Leipziger Straße. Eine „Aufreizung zum Klassenhaß" ist der Film „Die Austern-Prinzessin", der diese Woche im Lichtspielhaus in der Leipziger Straße vorgeführt wird. Große prunkvolle Räume, übersteht gedeckte Tafeln mit den feinsten Speisen und Getränken, von unzähligen Dienern serviert, all das könnte die hungernden Proleten, mit aber ohne Stehkragen, reizen, wenn es nicht ein Lustspiel wäre, das lediglich zeigen soll, wie ein armer Schlucker ganz unbeabsichtigt mit einem tollen Prinzessichen verheiratet wird. Allerdings tut er das für seinen Freund, einen aus der „Kartiere" gewesenen „Grafen", dem dann zum Schluß das launische Prinzeßchen an den Hals fliegt. Der Film ist recht lustig. — Ein Drama: „Die Rache der Tänzerin" zeigt die Qualen von Auswanderern in der Sahara.

Im Ufa-Palast am Alten Markt werden in dieser Woche zwei Filme gezeigt, die sehr giftig in ihrem Inhalt für die Arbeiterschaft sind. „Verlorenes Land" betitelt sich der eine, in dem ein der „Krone entsagender Prinz" unter das Volk geht und seinen Sozialismus fabriziert. „Der rote Prinz" wird er genannt. In dem Film wird dann gezeigt, wie alle „Soziale des roten Prinzen" in die Brüche gehen. „Im Weibe zerschellt alles." Es scheint heute Sektem darin zu liegen, angepaßt den „politischen Verhältnissen, dieses giftige Gift der Arbeiterschaft auch im Kintopp ins Gehirn zu träufeln. Als ob der Sozialismus zugrunde gehen müsse, weil „die Menschen zu schlecht sind". Die Arbeiterschaft darf diese Sorte Filme nicht kritiklos hinnehmen. Das Kino ist das Theater des Proletariats und die herrschende Klasse weiß, „welche Macht die Leinwand auf das Gehirn ausübt". Der zweite Film, „Das Maskenfest des Lebens" ist ein Henny-Porten-Film, der in seiner Aufmachung nicht schlecht ist. Er zeigt wie Kupplerischichte, Gräfinnen und Herzöge spielen eine Rolle wie üblich. Sonst ist der Film unbedeutend sehr kitschig.

Können. Heraus mit der bürgerlichen Presse aus den Arbeiterwohnungen! Das hiesige Käseblättchen des Herrn Knauf, das von niemand mehr ernst genommen wird, sorgt durch seine Verleumdungen und Beschimpfungen in der letzten Zeit selbst dafür, daß es auch aus den letzten Wohnungen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kleinbauern herausfliegt. Denn auch diese Leute merken jetzt, daß sie täglich belogen und beschwindelt werden. Allein der Bericht über die letzte Stadtverordnetenversammlung enthält so viele Lügen und Verdrehungen, daß wir es uns ersparen müssen, näher darauf einzugehen. Wir wurden diesem Wurstblättchen auch viel zu viel Ehre antun, wenn wir uns ernstlich mit ihm beschäftigen wollten. Die beste Antwort geben die Leser selbst, in dem sie Herrn Knauf erklären, daß sie auf sein Verleumderblättchen gern verzichten werden und in Zukunft nur noch den „Klassenkampf" lesen, der wahrheitsgemäß über alle Vorkommnisse berichtet. Die Kommunisten werden dafür sorgen, daß der „Klassenkampf" amtliches Organ wird. Genossen, an die Arbeit und werbt für den „Klassenkampf". Jeder Genosse und jede Genossin muß in der nächsten Woche mindestens einen Abonnenten für den „Klassenkampf" und ein Parteimitglied werben.

Arbeiter-Sport

Staffellauf durch Halle

Als letzte diesjährige sportliche Veranstaltung auf grünem Rasen veranstaltet das hallische Sportkartell, wie alle Jahre, einen Werbelauf. Der Staffellauf findet am 30. September, nachmittags 2 Uhr, statt. Start: Marktstraße, Leipziger Straße, Poststraße, Große Steinstraße, am Marktplatz herum, Schmeerstraße, Rannischestraße, Steinweg, Wörmlitzer Straße, Röpzigerstraße; Stadion ist Ziel. Der Lauf ist offen für alle Sportvereine. Die Sportvereine sind in vier Gruppen eingeteilt. 1. Gruppe: Athletenverein, Start 2 Uhr; 2. Gruppe: Fußballvereine: Start 2.10 Uhr; 3. Gruppe: alle anderen Sportarten, Start 2.20 Uhr; 4. Gruppe: alle jugendlichen Sportarten unter 18 Jahren, Start 2.30 Uhr. Die Herren-Mannschaften bestehen aus 10 Mann. 1. Wechsel: Ecke Leipziger und Poststraße; 2. Wechsel: Ecke Hohe- und Große Steinstraße; 3. Wechsel: Ecke Steinstraße und Kleinschmieden; 4. Wechsel: Rathausstraße; 5. Wechsel: Ecke Schmeerstraße und Rannischestraße; 6. Wechsel: Rannischer Platz; 7. Wechsel: Schweizerhaus; 8. Wechsel: Ecke Wörmlitzer- und Röpzigerstraße; 9. Wechsel: Stadion. Ziel: eine Runde um den Platz. Jede Mannschaft hat in gleichen Treß und Staffel-Ziel: eine Runde um den Platz. Jede Mannschaft hat in gleichen Treß und Staffelstab zu erscheinen. Der Lauf der Jugend nimmt seinen Anfang am Markt, führt um den Markt herum, Schmeerstraße nach dem Stadion. Jugendstaffel besteht auch aus 10 Läufern. 1. Wechsel: Alter Markt; 2. Wechsel: Franckeplatz; 3. Wechsel: Taubenstraße; 4. Wechsel: Rannischer Platz; 5. Wechsel: Geleinastraße; 6. Wechsel: Wörmlitzer Straße; 7. Wechsel: Röpzigerstraße; 8. Wechsel: Stadion; 9. Wechsel: 200-Meter-Bahn Stadion; Schluß: 200-Meter-Bahn Stadion. Anschließend an den Staffellauf findet ein Handballspiel und ein Fußballspiel im Stadion statt. Alle Vereine werden ersucht, den Tag freizuhalten. Alle übrigen Wettspiele und sonstigen Veranstaltungen finden an diesem Tage nicht statt. — Dienstag, den 25. September, findet eine wichtige Kartellsitzung statt. Das Erscheinen eines jeden Delegierten ist Pflicht, da wichtige Tagesordnung.

Achtung, Vereine! Die Adresse des Sportgenossen Otto Eurich lautet nicht mehr Schlesiusweg 8, sondern Lutherstraße 1, Paul-Riebeckstift.

Die heutigen amtlichen Devisenkurse (½2 Uhr nachm.)

	24. 9. Geld	24. 9. Brief	22. 9. (nichtamtlich) Geld	22. 9. (nichtamtlich) Brief
Amsterdam	58 254 000	58 546 000	69 300 000	
Brüssel	7 720 650	7 759 350	9 100 000	
Italien	6 753 075	6 786 925	7 095 000	
London (f. 1 Pfd. Sterl.)	673 312 500	676 687 500	825 000 000	
Neuyork (für 1 Dollar)	146 632 500	147 367 500	180 000 000	
Paris	9 097 200	9 142 800	10 600 000	
Schweiz	26 433 750	26 566 250	31 400 000	
Wien D.-Oesterr. abgest	209 474 210	209 474 525	—	

1 Goldmark am 24. September (errechnet auf Grund des amtlichen Dollarkurses) = 35 000 000 Papiermark.

½2 Uhr: Dollar 147 367 500 Mk.

Verantwortlich: Ferdinand Menzel für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Krob Halle, Lerchenfeldstraße 14.

DAS WORT

Die aktuelle Wochenzeitung erscheint jeden Sonnabendnachmittag.

Aus dem Inhalt der Nummer 39:

Man muß politisch sein! Von einem Geistesarbeiter. Sächsische **Minister.** Von Hans Bauer. **Spaniens politische Parteien.** Zum Staatsstreich der Generale. Von Joaquin Maurin (Barcelona). **Ihr Richter auf den Tribünen.** Von Armin Kriegler. **Feuilleton:** Verantwortung. Von Alfred Polgar. Toire, der Feine. Von Guy de Maupassant. Abseits. Von Paul Remer. **Der Jugendtag der Freideutschen.** Von Erich Lüth (Hamburg). An die Bonzen. Von Theobald Tiger. Die Nummer enthält außerdem das Ergebnis des Wettbewerbs „Arbeiter und Maschine" mit den Namen der Preisträger sowie eine französische Zeichnung „Was der deutsche Michel tun wird?"

„Das Wort" ist in Halle an allen Zeitungsverkaufsstellen während der ganzen Woche zu haben, ebenso in den auswärtigen Filialen des „Klassenkampf".

Gebt die Bestellung für Monat Oktober sofort auf.

Parole: Jeder Genosse muß ein Mitglied und einen „Klassenkampf"-Leser werben!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230924-14/fragment/page=0005

Kämpfende Jugend

Der jungen Garde Ruf

Auf, auf Du junge Garde,
Zerbrecht die Tyrannei,
Wälzt ab das Joch, das harte.
Auf, macht Euch endlich frei.

Ihr Brüder auf dem Lande,
Die Junkertum zerdrückt,
Zerreißt die Fesselbande,
Daß Freiheit Euch beglückt.

Ihr Schwestern bei den Schiebern,
Ihr stöhnt in harter Fron.
Kommt singet unsre Lieder,
Die Freiheit sei Euch Lohn.

Und Ihr, die in den Hallen
Kapitalisten-Joch noch drückt,
Auf, laßt's Euch nicht gefallen,
Die Freiheit sei das Glück.

Wir wollen mutig kämpfen,
Es fließe rotes Blut,
Der Bedränger Hohn zu dämpfen,
Das sei der jungen Garde Ruf.

Annemarie Albrecht, Torgau.

Verstärkung an die Front!

Die Not stieg ins Ungeheuere. Der Hunger geht unter den Arbeitenden um. Die Kapitalisten rüsten zum letzten entscheidenden Schlag gegen die Arbeiter. Ihre Söldlinge stehen zum Angriff bereit. Die Worte von Karl Marx beginnen sich für die Arbeiterschaft zu erfüllen:

„Untergang in die Barbarei oder Aufstieg zum Kommunismus".

Bald wird der Kampf um Sein oder Nichtsein der Arbeiterschaft ausbrechen. Schon hören wir aus allen Teilen des Reiches, daß die Arbeiterschaft erwacht, sich rüstet und in den Kampf um ihr Leben geht. Auch wir in Mitteldeutschland gehen neuen größeren Kämpfen als der letzte war, entgegen.

In der Front der Arbeiterschaft stehen bereits die besten Kämpfer, immer mehr und mehr reihen sich ein. Auch die jungen Arbeiter sind erwacht und zum Kampf bereit. Jeden Tag flößt Verstärkung zu uns, jeden Tag wächst unsere Kampforganisation, die Kommunistische Jugend. Neue Ortsgruppen entstehen, neue Mitkämpfer treten in unsere Reihen. Aber noch größer, stärker müssen wir werden, um dem angreifenden Kapitalismus gewachsen zu sein. Wir müssen eine Millionenarmee von jungen und erwachsenen Arbeitern zum Kampfe organisieren, durch unsere Organisation erfassen. Zu diesem Zweck veranstaltet die Kommunistische Partei und Jugend eine

Werbewoche vom 23. bis 30. September.

Alle uns noch fernstehenden jungen und alten Proleten müssen in dieser Woche in unsere Front eingereiht werden. An allen Orten, wo noch keine Gruppen der Kommunistischen Jugend und der Partei bestehen, müssen solche gegründet werden. An jedem Ort brauchen wir Kämpfer, die den Arbeiterfeinden entgegentreten und sie niederschlagen. Millionen wollen wir in den Kampf für die Rechte der Arbeiterschaft führen.

Deshalb, Jugendgenossen, spannt alle Eure Kräfte an, um in dieser Woche die Mitgliederzahl unserer Organisation zu verdoppeln und zu verdreifachen. Werbt zugleich Leser für unsere Parteipresse und die kommunistische Literatur. Geht sofort an die Arbeit, werbt unermüdlich in der Werbewoche zusammen mit der Kommunistischen Partei! Geht an die Arbeit, wir haben keine Zeit mehr zu verlieren! Zeigt, daß Ihr die junge Garde der Revolution seid!

Bauernjugend und Revolution

Von Fritz Gäbler

Es ist noch keine 2000 Jahre her, daß die Menschen bei uns in Deutschland noch auf freier Scholle saßen: sie kannten weder Herren noch Knechte. Der Boden, dem sie, vor allen Dingen die Frauen, in mühevoller Arbeit die Nahrungsmittel abgewinnen mußten, gehörte allen gemeinsam. Er wurde regelmäßig ausgelost, so daß eine Familie nicht gezwungen war, ihr Leben lang auf steinigem Acker zu sitzen, während eine andere auf gutem, fruchtbaren Boden leichte Arbeit hatte.

Als unsere Vorfahren noch auf diese Art zusammen lebten, da waren sie allerdings noch Heiden. Aber in den letzten Jahrhunderten des vorigen Jahrtausends drang das Christentum immer weiter vor und brachte in seinem Gefolge eine Unzahl verheerender und auftreibender Kriege mit sich. Fast alle Kriege des Mittelalters waren nicht nur solche, in denen weltliche Fürsten um die Eroberung irgendwelcher Länder kämpften, sondern es ging dabei auch fast immer um die Vormachtstellung einer christlichen Kirche. Die Kirchenfürsten waren zumeist auch die weltlichen Herren, und der Papst war der größte unter ihnen.

Um diese Zeit entwickelten sich bei uns immer mehr die Städte. Handel und Handwerk blühten auf. Klöster wurden errichtet, deren Einfluß auf die weltlichen Geschehnisse und deren Besitz immer größer und gewaltiger wurde. Das im Laufe der Völkerwanderung und vor allem der Kreuzzüge entstandene Rittertum hatte seine höchste Stufe überschritten und schlug nun ins offene Raubrittertum um. Den Bauern ging es immer schlechter. Die vielen Kriege rissen die Kräftigsten und Gesündesten oft auf Jahre von der Scholle. Abgaben, die früher nicht entrichtet zu werden brauchten, wurden eingeführt und immer höher geschraubt. Die Ritter und die Klöster gingen dazu über, die Bauern zu zwingen, daß diese ihnen Frondienste leisteten. Den Gemeinden nahmen sie die Gemeinderechte. Die Bauern verschuldeten immer mehr und gerieten so in Abhängigkeit und Leibeigenschaft. Die Fürsten und Klöster steckten das den Bauern geraubte Gut in ihre Tasche. So wurde der Grund zu den heutigen Rittergütern und anderem Großgrundbesitz gelegt.

Wieder haben wir einen langen und schweren Krieg hinter uns. Wieder haben wir jetzt eine Zeit, wo es der armen Landbevölkerung von Tag zu Tag schlechter geht. Die Rittergutsbesitzer und sonstigen Großagrarier erklären, daß diese Not durch die Revolution gekommen sei. Die Arbeiter mit ihrer „unersättlichen Gier" nach noch höheren Löhnen seien schuld an all unserem heutigen Elend.

Wir wollen das näher untersuchen. Seit wann gibt es Elend? Erst seit 1918? Nein, Elend gab es schon 1914, Elend gab es schon, als die Bauern im Mittelalter von ihrer Scholle gedrängt und in Not gestürzt wurden. Es gab dies schon, als Menschen anfingen, andere Menschen mit Gewalt zu unterdrücken und für sich arbeiten zu lassen. Größte Armut auf der einen und größter Reichtum auf der anderen Seite gab es also schon früher, gibt es schon so lange, als wir eine Gesellschaft mit verschiedenen Klassen, mit Herren und Knechten haben.

Aber warum verspürt die arme Landbevölkerung diese Not besonders erst seit dem Kriege? Warum ging es der Landbevölkerung 1914 nicht auch schon so schlecht wie 1922? Auch hierauf ist die Antwort nicht sehr schwer. In den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege stieg die Macht der Fabrikbesitzer und Gutsbesitzer von Jahr zu Jahr. Immer größer wurden die Fabriken, immer mehr Arbeiter wurden hineingepfercht, immer mehr Waren wurden hergestellt, die nach dem Ausland verkauft werden mußten, wenn sie überhaupt mit Profit für die Kapitalisten abgesetzt werden sollten. Und genau wie es unseren deutschen Kapitalisten ging, ebenso ging es den englischen, französischen, amerikanischen und denen in allen industriell hochentwickelten Ländern. Sie suchten darum auf der ganzen Erde nach Gebieten, wo sie ihre Waren hinschaffen konnten und von wo sie Baumwolle, Erze, Kohlen, Lebensmittel und andere Dinge beziehen konnten. Sie fanden diese Gebiete, nämlich: die Kolonien. Jedes kapitalistische Land suchte sich so viel als möglich Kolonien anzueignen, und 1914 war die gesamte Erde schon längst unter die kapitalistischen Länder aufgeteilt. Diese aber wollten immer noch mehr haben. Da sie aber auf der Erde nicht mehr vorfanden als sie schon hatten, mußten sie sich es eben gegenseitig abzunehmen versuchen. Zuerst versuchte man das auch durch Verhandlungen zu erreichen. Da aber friedlich kein Land an das andere abtreten wollte, mußte die Gewalt, die Waffen entscheiden. Das geschah dann im August 1914. Deshalb hatten wir also Krieg.

Not und Elend brachte der Krieg. Fast alle männlichen Arbeitskräfte im entsprechenden Alter wurden zum Heer eingezogen. Mit ihren schwachen Kräften mußten Frauen und Mädchen allein die gesamte Arbeit verrichten. Und wenn sie den Ertrag ihrer mühseligen Arbeit eingebracht hatten, dann kamen die Kommissionen, und es wurde nach dem letzten Pfund Kartoffeln und dem letzten Ei gesucht.

Dagegen nahmen es die Behörden nicht so sehr ernst bei den Großagrariern. Diese durften zu Wucherpreisen nach Herzenslust schieben — keine Kommission erschien zur Beschlagnahme. Bis zum letzten wurden die Arbeitskräfte ausgenutzt. Andererseits wurde nicht für genügend gute Düngung und Fruchtbarmachung gesorgt.

Nach dem Kriege änderte sich das Verhältnis nicht zugunsten der kleinen Bauern, sondern auf die alten Lasten wurden noch neue draufgewälzt. Die Steuern stiegen ins Ungeheure, Zinsen und Pachtpreise sind kaum zu erschwingen. Reparaturen an Haus und Geräten sind kolossal teuer, von Neuanschaffungen ganz zu schweigen.

So stehen heute die kleinen Bauern da. Die Kriegsschulden, alles, was im Kriege für die Interessen der Kapitalisten vernichtet wurde, soll beglichen und ersetzt werden. Die kleinen Bauern und Landarbeiter, gemeinsam mit den Industriearbeitern, die während des Krieges sich opfern mußten, sollen nach dem Willen der Großbauern und Kapitalisten bezahlen. Wenn die Kleinbauern nicht bezahlen können, dann sollen sie ihren Acker und ihr Häuschen verpfänden, dann sollen sie zu den Boden- und Industriekapitalisten zur Arbeit gehen, damit ihnen dort 10 Prozent Steuer vom Lohn abgezogen werden können. Die Kinder der Kleinbauern haben heute nicht mehr die geringste Aussicht, selbst einmal ohne Sorgen auf eigener Scholle sitzen zu können.

So geht nicht nur der Verarmungsprozeß unter der Landbevölkerung vor sich, sondern auch das Industrieproletariat verelendet immer mehr. Und wenn es in seiner Not zum Streik greift, dann schreien die Kapitalisten und Großagrarier von Faulheit, von Plünderung und ähnlichen Dingen. Um den Streik der Arbeiter abzuwürgen, wenden sie dann Polizei und Militär an. Hier aber spielen die jungen Bauernsöhne eine große Rolle. Während sie mit ihren eigenen Angehörigen immer tiefer in Not sinken und gemeinsam mit den Industrieproletariern eine Front gegen alle Reichen und Unterdrücker bilden sollten, lassen sie sich oft verwenden gegen die streikenden Arbeiter. Und wenn sie selbst zum Soldatenspielen zu alt und schwach werden, dann müssen sie ebenfalls hingehen und sich einem Großkapitalisten oder Agrarier anbieten. Sie selbst werden eingereiht in die Masse der mühselig Schuftenden.

Nur in ganz seltenen Fällen kann heute ein Kleinbauernsohn selbständiger Bauer werden; nur dann, wenn er gerade das Glück hat, den kleinen Hof des Vaters zu übernehmen. In allen anderen Fällen heißt es: in die Fabrik — oder auf das Gut als Arbeiter. Was bedeutet das? Das heißt, der Kapitalist oder Großbauer und Junker wird nun genau so auf ihn drücken wie auf alle anderen.

Aus all dem Geschilderten ersehen wir, daß heute die Jugend auf dem Lande unter genau derselben, ja teilweise noch schlechteren Bedingungen leben muß als die der Stadt. Die Kinder der Landarbeiter sind von vornherein dazu verdammt, Arbeitssklaven zu spielen. Mit ihrer jungen Kraft und ihren wenigen Lebenserfahrungen werden sie noch als Lohndrücker gegenüber ihren eigenen Eltern und allen erwachsenen Landarbeitern benutzt. Wenn, aus Not gezwungen, die Landarbeiter zum Streik greifen, versuchen die Großgrundbesitzer mit jungen Arbeitern den Streikenden in den Rücken zu fallen und damit den Streik abzuwürgen.

Die Kleinbauern stürzt das Anschwellen der Steuern und Preise und die immer geringer werdende Kaufkraft des Geldes in Schulden. Ihre Kinder sind nicht mehr im geringsten in der Lage, sich selbständig zu machen. Ihr Schicksal ist das aller Arbeiter. Darum muß auch die Bauernjugend mithelfen, dieses Elend zu bekämpfen. Erst wenn alle Werktätigen in Stadt und Land selbst über Fabriken und Güter bestimmen, wenn nach ihrem Willen und Bedürfnissen alle notwendigen Waren hergestellt werden, kann unsere heutige Not beseitigt werden.

Hier in Reih und Glied mitzuarbeiten und mitzukämpfen, Schulter an Schulter mit der proletarischen Jugend in den Städten, mit der Arbeiterschaft in Stadt und Land — das ist die Aufgabe der Jugend auf dem Lande. Geschieht das, gelingt es den Kapitalisten und Gutsbesitzern nicht mehr, die Bauernjugend auf ihre eigenen Klassengenossen zu hetzen, dann wird auch die Revolution zum Siege kommen.

★ Der Pranger ★

Der Tischlermeister Franz Flehmig in Mühlberg (Elbe), Klostergasse 7, beschäftigt zwei Lehrlinge im ersten und einen Lehrling im dritten Lehrjahre. Diese müssen 9½ Stunden täglich arbeiten und erhalten wöchentlich im ersten Lehrjahre 15 000 Mk. (fünfzehntausend), im dritten Lehrjahre 40 000 Mk. (vierzigtausend). Wir fragen nun Herrn Flehmig, was seine Lehrlinge mit diesem „vielen" Gelde anfangen sollen?

Ueber die Hallische Automobilzentrale, Grünstraße, berichtet uns ein Genosse: Der Inhaber, Herr Paul Hagemann, beschäftigt außer seinem Sohn sechs Lehrlinge, mindestens ebenso viele Fahrschüler und zwei Gesellen. Die Lehrlinge verdienen kaum ein Taschengeld, einige müssen sogar noch Geld mitbringen. Der Achtstundentag ist in diesem Betriebe vollständig unbekannt. Die Lehrlinge müssen abwechselnd Sonntags arbeiten, ohne Bezahlung. Man müßte nun wohl glauben, daß zum mindesten die Behandlung dafür eine gute ist. Weit gefehlt. Herrn Hagemanns Hand sitzt so locker, daß es nur so Ohrfeigen hagelt. Ich war selbst Zeuge einer solchen Prügelei aus einem ganz geringen Anlaß. Gleich von der ersten Ohrfeige taumelte der betreffende Lehrling gegen einen Türpfosten, so daß eine Metallsäge herunterfiel und den Lehrling auf den Kopf traf. Aber nicht genug, Herr Hagemann schlug weiter. Selbst als er nach einer halben Stunde wieder die Werkstatt betrat, begann die Prügelei von neuem. So gings fort bis zum Nachmittag. Der Lehrling klagte über heftige Kopfschmerzen und ich riet ihm, zu einem Arzt zu gehen. Aber in diesem Betrieb wagt kein Lehrling, sich einen Krankenschein ausstellen zu lassen. Die Behandlung der Fahrschüler ist nicht besser. Allerdings werden diese nicht geprügelt, dafür aber müssen sie den ganzen Tag schwer arbeiten und außerdem noch Geld mitbringen. Hagemann hat selbst erklärt, daß er vollständig mittellos nach Halle gekommen ist. Wem hat er also seinen dicken Bauch zu verdanken? Die Behörde hat, trotzdem sie auf den Betrieb aufmerksam gemacht wurde, bis jetzt gegen diesen „Lehr"meister nichts unternommen. Vielleicht genügt diese Veröffentlichung, um den Amtsschimmel etwas in Trab zu setzen.

Die Krähen

5] Roman von Janos Gyetvai

„Macht Euch doch nicht lächerlich mit dem Staat und der Pension. Die beträgt im Monat vierundzwanzig Kronen und siebzig Heller. Geht Ihr mir dafür auch nur einen Scheffel Weizen. Ihr tut es nicht, gelt? Macht Euch deshalb mit dem Staat nicht lächerlich. Auch der gehört den Reichen, wie alles in dieser Welt. Das hat sich gezeigt, seitdem diese Furchtbarkeit über die Welt hereingebrochen ist. Euern Sohn hat der Staat vom Militärdienst befreit, meinen Mann hat er fortgeschleppt. Und hat ihn jetzt getötet. Warum, warum dem so ist, darauf wäre nicht schwer, Antwort zu geben. Der Staat requiriert auch, aber nicht bei der Herrschaft, auch nicht bei den Kokais, sondern sucht immer nur bei mir und meinesgleichen. Und wenn wir die armselige Kriegsunterstützung laut zu fordern wagen, bedroht uns der Staat mit seinen Gendarmen. Sprecht mir nicht vom Staat und von der Pension."

„Auch wir werden Dir helfen, Eszter. Soweit es unsere Kräfte gestatten. Denn in diesen ungewissen schweren Zeiten müssen auch wir uns einschränken, uns nach der kurzen Decke strecken."

Ich erwiderte kalt:

„Ich weiß schon. Habt nur keine Angst, ich werde weder von Euch, noch von einem andern etwas verlangen, solange ich arbeiten kann. Und wenn's nicht mehr geht, werde ich auch nichts verlangen, sondern höchstens von dem stehlen, der ungerechterweise so viel hat, daß er daran fast erstickt."

„So läßt Dich jetzt nur der Schmerz sprechen, meine Tochter. Es ist nicht ratsam, mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten."

„Da könnt Ihr wieder einmal sehen, wie gut das Gesetz ist — für Euch."

Da ging sie dann. Und übertrat nie wieder die Schwelle unseres Hauses.

Und ähnlich war's mit den übrigen. Hin und wieder gab mir dieser und jener in den ersten Tagen eine Schale Milch oder ein halbes Brot, doch sah ich ihnen an, wie sehr sie sich anstrengen mußten. Manchem schickte ich es auch zurück: entweder sie geben es guten Herzens oder überhaupt nicht.

Ich kann nichts dafür: als mich alles am meisten schmerzte, in mir alles am heftigsten brannte, mir das Herz um Karoly brechen wollte, in mir die Wut am heißesten wider die Hochmütigen kochte, da mußte ich immer wieder an den Kokai-Hof und an Ferenc denken.

Und dies ist es, was einen, wie ich sagte, in den Wahnsinn treiben könnte. Seid nicht auch Ihr dieser Meinung?

— — — — — — — — — — — — — — — —

Einige der ums Feuer Sitzenden streckten sich, standen auf, legten gemächlich, hin und wieder einen Zweig zerbrechend, das halbverkohlte Reisig in die Glut zurück.

Sie sagten nichts, starrten nur wortlos sinnend ins Feuer.

Nach einer geraumen Weile sprach der eine:

„Es ist besser, in diesen Zeiten auf derlei Fragen nicht laut zu antworten."

Hoch oben, auf einem der Bäume, begann eine Krähe zu krächzen.

Gespenster kamen ....

Ich glaubte von meinem großen Schmerz niemals zu genesen. Gelobte mir ewige Witwenschaft und schwor bei Karolys Gedächtnis, in diesem Leben nicht mehr zu heiraten. Doch lauerte die Versuchung stets im Hintergrund, in der bewölkten Finsternis meiner Seele.

Ich schaute manchmal in den Spiegel und sann darüber nach, daß ich bereits langsam zu welken beginne. Die vielen Leiden hatten in mein eingefallenes Gesicht Furchen gegraben und — wozu es leugnen — das Dahinschwinden der Zeit, das Welken meiner Jugend erschreckte mich.

Derart unterlag ich allmählich der Verführung eines Gedankens, den ich mir selbst nicht einzugestehen wagte. Laut, furchtbar pochte mein Herz, wenn dieser Gedanke manchmal im Dunkeln vor mir aufschoß:

„Was tätest Du, Eszter, wenn Ferenc Kokai um Deine Hand anhielte?"

Ich hätte schier aufschreien mögen, um den Gedanken Lüge zu strafen, ihn von mir weit fort zu scheuchen. Doch kam er immer wieder und wieder, mich bald anlachend, bald mein Herz zusammenpressend. Ganz so, wie die inneren Gespenster aus dem Grab der Seele emporzusteigen pflegen.

Und sooft sich mein Blick in den Spiegel verirrte, was immer häufiger geschah, sagte dieser:

„Eszter, Deine schöne Jugend welkt dahin, und Du hast noch gar nicht gelebt."

Weinend sank ich über den Spiegel, manchmal aber hätte ich ihn am liebsten in tausend Scherben geschlagen.

Und diese Versuchungen wurden nur noch stärker, als ich auch bei Ferenc Kokai die Anzeichen der Annäherung wahrnahm.

Einmal sandten mir die Kokais einen halben Sack Mehl, dann wieder einen Krug Milch oder ein Stück Butter. Anfangs schickte ich diese Geschenke zurück. Dann kam einmal die alte Frau Kokai zu mir herüber.

„Schau, Eszter, vergessen wir alles. Wir geben es Dir aufrichtigen Herzens. Für uns bedeutet es nichts, Dir aber ist es eine Hilfe."

(Fortsetzung folgt)

Die Börsen-Vereins-Schlüsselzahl ist:

35 Millionen!

Die Schlüsselzahl für das kommunistische Buch ist
vom 22. bis 28. September 1923:

10 Millionen!

Das kommunistische Buch ist noch immer das billigste Buch

Nur kommunistische Bücher dürfen heute gekauft werden!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230924-14/fragment/page=0006

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. **Bezugspreis** frei Haus 23.-30. Sept. 15 Mill. M., durch die Post 1000000 M. ohne Zustell.-Gebühr. **Druck u. Verlag:** Produkt.-Genossensch. i. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Leuchenfeldstr. 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. **Schriftleitung:** Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 1 200 000 M. für den Millim. Höhe u. Spalte, 6 Mill. M. f. Reklame, anschl. an den dreigespaltenen Textteilteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848, Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 2½ Mill. Mk. | **Montag, den 24. September 1923** | **3. Jahrgang Nr. 223**

Vor der Entscheidung!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 24. September.

Der Reichskanzler hat zum Montag die Ministerpräsidenten sämtlicher deutschen Länder nach Berlin gerufen. Auch die Vertreter der besetzten Gebiete sind eingeladen. Der Ruhrkonflikt steht im Mittelpunkt, das heißt, die Entscheidung über den Abbruch des passiven Widerstandes soll gefällt werden. Es handelt sich, wie die „B. Z." schreibt, um politisch bedeutsame Maßnahmen. Die Abendblätter sprechen von den großen Entscheidungen der nächsten Woche. Die Berliner Korrespondenten der französischen Presse sind frecher. Sie kündigen immer offener die glatte Kapitulation Deutschlands an.

*

Ist Herr Stresemann wirklich schon so weit, daß er glaubt, den glatten Verzicht auf den passiven Widerstand erklären zu können? Will er wirklich den lauten Protest der Ruhrarbeiterschaft, den die Kommunisten im unbesetzten Deutschland unterstützen, überhören? Poincaré hat deutlich genug gesagt, daß er über nichts verhandelt, daß er keine Zusage macht, wenn nicht eine offizielle Erklärung über die Aufhebung des passiven Widerstandes vorliegt.

Er hat diese Erklärung in drei Reden, die er gestern in Kampenoux bei Nancy, in Toul und im Priesterwalde gehalten hat, wiederholt und außerdem erklärt: „Die Deutschen haben kapituliert und ihre Niederlage anerkannt. Ihr Versuch, sich den Folgen zu entziehen und Frankreich die Früchte seines Sieges zu entreißen, wird scheitern." Sich diesem Diktat beugen, das heißt, die Souveränität Deutschlands aufgeben, das heißt, auf die Räumung verzichten, das heißt, die Forderung nach Freilassung der Gefangenen am Rhein und Ruhr, nach Rückkehr der Vertriebenen, nach Freigabe der besetzten Betriebe fallen lassen. Eine Regierung, die das unternehmen würde, müßte mit einem Ausbruch der Empörung rechnen, der bei den Arbeitern von dem tiefen sozialen Bewußtsein getragen wird, daß diese Unterwerfung von den Arbeitenden bezahlt werden müßte. Ohne vorherige Erfassung der Sachwerte wird jede weitere Reparationsleistung neu den Besitzlosen, den Werktätigen aufgehalst.

Doch die Verhandlungen gehen weiter, ohne Herrn Stresemann. Stresemann ist für Frankreich bereits erledigt. Der „Berliner Lokalanzeiger" läßt sich aus London berichten, „Baldwin habe sich bereit erklärt, an der Ruhrbesetzung teilzunehmen" und das Pariser „Petit Journal" schreibt:

„— daß die Vertreter Frankreichs den offiziellen Auftrag erhielten, keinerlei Besprechungen mit dem Reichskanzler zu führen und auch keinerlei Dokumente entgegenzunehmen, solange der passive Widerstand andauere und die Regierung nicht alle Verordnungen zur Durchführung dieses Widerstandes zurückgezogen habe. Dem Reichskanzler sei dieser Standpunkt der französischen Regierung offiziell durch den französischen Botschafter zur Kenntnis gebracht worden."

Das Organ Stresemanns, „Die Zeit", bestätigt die Wahrheit dieser Meldung.

Indessen handeln die Faszisten. Ueberall sind sie im Vormarsch, dank der Verfolgungen und Unterdrückungen, die die famose Regierung Stresemann-Hilferding gegen die Arbeiterschaft anwenden, dank der Henkersdienste, die die WSPD. an der Arbeiterschaft verrichtet. Die offenen Rüstungen zum Bürgerkrieg der bayrischen Faszisten, der „Völkische Beobachter" überschreibt seine Sonnabend-Ausgabe „Wir rüsten zum Bürgerkrieg", der Arbeitermord der Stahlhelm-Banden in Staritz bei Belgern, zeigen, daß das Barometer auf Sturm steht. Andererseits erkennt die Arbeiterschaft immer mehr, daß die Regierung Stresemann-Hilferding die arbeitende Klasse in immer tieferes Elend stürzt. Der Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Koalitionspolitik zeigt, daß die Stresemann-Hilferding-Sollmann und die Faszisten auf den wachsenden Widerstand der Arbeiterklasse stoßen, er zeigt, daß die Revolution marschiert.

Die rasende Teuerung, die auch durch den künstlichen Druck des Dollars nicht behoben ist, und die täglich zunehmende Arbeitslosigkeit haben die Stimmung aufs höchste gesteigert. Und nur in diesem Zusammenhang sind die Erklärungen des Reichskabinetts und die Geßlers, die er im Parteiausschuß der demokratischen Partei machte, zu verstehen. Er sagte dort:

„Wenn es zum Kampfe kommen sollte, so darf ich versichern, daß die Klarheit meiner Befehle nichts zu wünschen übrig lassen wird. Aber ebenso prompt wie meine Befehle wird auch deren Ausführung durch Offiziere und Mannschaften sein. Dafür setze ich mich mit meiner ganzen politischen Reputation ein".

Die bayrischen Faszisten, der „Stahlhelm", die Industriellen der Deutschen Volkspartei werden über den Witz Geßlers über seine „politische Reputation" sich den Bauch vor Lachen halten. Sie wissen nur zu gut, daß die „politische Reputation" Geßlers, die er sich nach außen hin zu geben beliebt, noch viel weniger wert ist als Noskes „starke Faust" am Tage vor dem Kapp-Putsch. Um eine demokratische „politische Reputation" noch zu haben, dazu hat sich

Halt! Wer weitergeht, wird erschossen!

...ung: Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet
...gewalt hat die Pflicht, das Privateigentum zu schützen
...am Sonntag:
...tlichen Faktoren der Reichsregierung volle Uebereinstimmung darüber,
...Staatsgewalt zu erschüttern, von welcher Seite er auch kommen mag,
...n ergriffen und die der Reichsregierung genügend zur Verfügung
...tes eingesetzt werden müssen."

...utschvölkischen Turner-
...rbunden.

...chupo und die Um-
...rechen eine zu beredte
...ten machen wollen,
daß Gerüchte über Erwerbslosenkundgebungen, die zu bewaffneten Zusammenstößen führen könnten, ein genügender Anlaß zu dem großen polizeilichen Aufwand sind. Nein, man hat in Berlin größere Schläge vor. Will man etwa der Bevölkerung weismachen, daß die Reichswehrabteilungen des sächsischen Gruppenkommandos nur wegen der drohenden Haltung der bayrischen Kampfverbände vorbereitende Maßnahmen treffen? Warum muß dafür gerade das Reichswehrgruppenkommando in Dresden heran? Wenn es gegen bayrische Aufrührer ginge, so wären doch außer dem bayrischen Reichswehrgruppenkommando das Stuttgarter und Kasseler Gruppenkommando zunächst zur Hand. Aber das Dresdener Gruppenkommando umfaßt außer Sachsen die größten Teile Thüringens und des mitteldeutschen Industriebezirks!

Die Drohungen, die aus den Mitteilungen über die gestrige Kabinettssitzung klingen, sagen deutlich genug, daß die Reichsregierung bereit ist, mit dem allgemeinen Belagerungszustand, für den die Ausführungsbestimmungen wohl schon fertiggestellt sind, jede Protestregung der Arbeiterschaft gegen eine Kapitulation ohne Sachwerterfassung, ohne Räumung und völlig auf Kosten der werktätigen Massen niederzuschlagen. **So wird da offene Faszistenregiment, die rücksichtslose Durchführung des Stinnesprogramms außen- und innenpolitisch vorbereitet.**

Die Drohungen und Rüstungen der bayrischen Faszisten, die auch in Nord- und Mitteldeutschland fieberhaft betrieben werden, und deren scheinbare Spitze gegen die bayrische Knilling-Regierung, der ganze Lungenaufwand gegen die Kapitulation vor Poincaré, haben nur den Zweck, das Stinnes-Programm rücksichtslos durchzuführen. Die erste Tat Kapps, hinter dem Helfferich stand, war die Bereiterklärung zur Erfüllung des Versailler Vertrages. **Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, Zehn-, ja Zwölfstundentag, Beseitigung des Koalitions- und Streikrechts, Beseitigung der Betriebsräte, ungeheure Steuerlasten,** das steht der Arbeiterschaft bevor.

Dem muß ein Damm entgegengesetzt werden. Die Gefahr kann nur durch die Revolution beseitigt werden. Dieser Kampf ist der ureigenste Kampf der Gewerkschaften, denn um deren Sein oder Nichtsein geht es. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die in Opposition zur Koalitionspolitik ihrer Führer stehen, müssen sich nun entscheiden: **Entweder sie gehen weiter mit ihrem Wels, mit ihrem Hermann Müller, mit ihren Schulz, Wurmig, Drescher und ihren rechten Gewerkschaftsführern, oder sie reihen sich ein in die Front des kampfentschlossenen, revolutionären Proletariats.** Die Belegschaften in den Betrieben, die Betriebsräte, die Gewerkschaften und deren Organe müssen sich mit den Maßnahmen dieser sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung beschäftigen und müssen sich entscheiden. Die Entscheidung kann nicht schwer sein, sie muß lauten: **Kampf dem Stinnes-Programm und Kampf bis aufs Messer der Regierung, die dieses Stinnes-Programm durchführen will**

Voller Erfolg der Streikenden in Oberbaden!

(Eigene Drahtmeldung)

Mannheim, 22. September.

Die badische Regierung hat die Zurücknahme der Schupo aus den oberbadischen Industrieorten zugesagt. Auf diese Zusage hin hat eine Betriebsrätevollversammlung die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag für das gesamte Werras, Wiesen- und Rheintal beschlossen. Außerdem ist tariflich festgelegt worden, daß eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 50 Schweizer Franken ausbezahlt wird und die zukünftige Regelung der Löhne ist nach Goldwert festgelegt worden. Die Schupo ist zum größten Teil bereits abmarschiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230924-14/fragment/page=0007